

Die Grünen

Das Programm zur

1. gesamtdeutschen Wahl 1990

Präambel

GRÜN ist notwendig – GRÜN ist machbar

Ökologie

Der ökologische und soziale Umbau der Industrieländer

Für eine Energiewende in der BRD

Für eine ökologische Verkehrswende

Für eine drastische Reduzierung des Flugverkehrs

Für eine sanfte Chemie

Für einen Schutz vor irreversiblen Schäden – gegen Gentechnologie

Für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft und gesunde Ernährung

Für eine ökologische Abfallwirtschaft

Für einen umfassenden Naturschutz

Frieden

Abrüstung jetzt!

Für ein Europa ohne Militärblöcke

Für einseitige Abrüstung

Für eine neue europäische Friedensordnung

Arbeit und Soziales

Soziale Grundrechte – Gestaltung der Arbeit

Soziale Grundsicherung für Alle

Arbeit umverteilen – Arbeitszeit verkürzen

Solidarische Gesundheitspolitik

Recht auf menschenwürdiges Wohnen

Demokratischer und ökologisch orientierter Städtebau

Frauenpolitik

Emanzipation

und Selbstbestimmung für Frauen

Recht auf materielle Unabhängigkeit

Recht auf selbstbestimmte Lebensformen

Recht auf körperliche Integrität

Demokratie und Recht

Ökologischer Umbau mit radikaler Demokratie

Grundrechte

Demokratisierung von Staat und Wirtschaft

Multikulturelle Demokratie

Internationalismus

Für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft

Präambel

GRÜN ist notwendig - GRÜN ist machbar

"Daß es `so weiter` geht, i s t die Katastrophe" (W. Benjamin)

Für einen Ausweg aus der Krise

Spätestens 1972 wurde in der Bundesrepublik der Umweltschutz als Wahlkampfthema entdeckt und ausgeschlachtet. Die praktische Bilanz staatlicher Umweltpolitik ist bis heute skandalös und niederschmetternd geblieben: Die heimische Umweltsituation hat sich nicht gebessert, die globale Umweltkrise verschärft sich von Tag zu Tag.

Mit einem pittoresken Natur- und Umweltschutz, der die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nur begleitet und die Ursachen der ökologischen Krise nicht antastet, ist der ökologische Zusammenbruch nicht aufzuhalten. Nur ein radikales Umdenken, eine unverstellte Reflexion auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen und eine Besinnung darauf, was wir produzieren, wie wir wirtschaften und leben wollen, bietet die Chance für eine Lösung unserer gegenwärtigen und zukünftigen (Über)lebensfragen, für eine Lösung der drängenden menschheitlichen Gattungsfragen. Ökologische Politik ist nicht nur Arten- und Biotopschutz. Sie muß auch eingehen in gesellschaftspolitische Konzepte. Und: Sie ist auch eine Frage der menschlichen Kultur. Mit jeder verpesteten Küste, mit jeder zubetonierten Landschaft, mit jeder Gattung, die ausstirbt, geht auch ein Stück menschlicher Lebensqualität verloren; mit jedem toten Baum verarmt auch unsere Erfahrungswelt, unser Leben.

Doch nicht nur der drohende ökologische Kollaps beunruhigt die Menschen. Auch die sozialen Krisenerscheinungen werfen die Forderung auf nach gesellschaftlichen Veränderungen, durch ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, durch Demokratisierung und Pazifizierung aller zwischenmenschlichen Lebensbereiche, durch Feminisierung der Gesellschaft, durch multikulturelle Toleranz.

War die bürgerliche Gesellschaft historisch mit der Idee angetreten, die Verfolgung des individuellen Eigennutzes zöge automatisch auch eine Beförderung des Gemeinwohls nach sich, so hat sich diese Idee nach den Ergebnissen unserer jüngeren Geschichte gründlich blamiert:

- eine unerhörte materielle und soziale Ungleichheit überzieht ganze Erdteile mit Armut, Not, Verelendung. In den reichen Industriegesellschaften selbst führt die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu alter und neuer Armut. Während die Wirtschaft boomt und ungeahnte Wachstumsziffern und Umsatzrekorde realisiert, ist jedeR 10. BundesbürgerIn auf Sozialhilfe angewiesen.

- Ein schrankenloser Raubbau an der Natur und ihren Ressourcen droht den künftigen Generationen einen ausgeplünderten, vergifteten Planeten zu hinterlassen. Weltweit werden 80% der Energie von dem Häuflein der reichen westlichen Industriestaaten verbraucht, die ihrerseits nicht müde werden, ihr Gesellschaftsmodell der 2. und "3. Welt" anzudienen und aufzudrängen. Würde diese verschwenderische Produktions- und Lebensweise weltweit übernommen, wäre der ökologische Ruin nicht mehr aufzuhalten. Schon das zeigt: Das Privileg unserer Lebensweise müssen andere bezahlen. Wir haben längst aufgehört, von den

Zinsen der Natur zu leben, um uns räuberisch an ihrem nicht vermehrbaren Kapital zu vergreifen.

- Die Hälfte der Menschheit, die Frauen, sieht sich patriarchalischer Bevormundung und sexistischer Diskriminierung ausgesetzt. Auch in der Bundesrepublik sind die Frauen von gleicher Teilhabe an allen Bereichen des öffentlichen Lebens noch weit entfernt.

- Rüstung, Krieg und Gewalt sind immer noch nicht als historische Gespenster aus dem Zusammenleben der Menschen und Völker verschwunden - weil soziales Elend, Spannungen und Nationalitätenkonflikte schürt, weil Kriege und bewaffnete Interventionen um ökonomische und machstaatliche Einflußsphären geführt werden, und weil auch hier der Profit mehr zählt als die Unversehrtheit und Gesundheit menschlichen Lebens.

- Minderheiten und politisch Andersdenkende werden überall auf der Welt verfolgt und repressiver Schikane ausgesetzt. Flüchten Menschen aus materieller Not oder politischer und anderweitiger Verfolgung in die Bundesrepublik, müssen sie mit sofortiger Abweisung, baldiger Abschiebung oder jahrelanger unsicherer Lebensperspektive rechnen. Den AusländerInnen, die sich bei uns niedergelassen haben, sogar denen, die hier geboren sind, wird unter fadenscheinigen oder offen rassistischen Begründungen ihre volle soziale und politische Gleichberechtigung verweigert. Und auch die mit allen verfassungsmäßigen Rechten ausgestatteten BRD-BürgerInnen finden sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die wirklich relevanten Zukunftsentscheidungen und -investitionen sich weitgehend ihrer demokratischen Kontrolle entziehen.

Nur wer diese Probleme ignoriert, kann unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als der Weisheit letzten Schluß, für die ultima ratio der Geschichte preisen.

Die GRÜNEN und der Zusammenbruch des "realen Sozialismus"

Derzeit wird aus dem Scheitern, dem tiefen Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in Mittel- und Osteuropa eine neue Legitimation für unsere kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen als der besten aller möglichen Welten gezogen und jedwede Kritik daran, jedwede Umbauforderung heruntergebügelt.

Wir GRÜNEN haben das Gesellschaftsmodell des "realen Sozialismus" stets kritisiert, den fatalen Umschlag des ursprünglich humanistisch-emanzipatorischen Ideals des Sozialismus in die nackte Despotie eines absolutistischen "Vormundschaftsstaates" aufgedeckt und bekämpft, wir haben die oppositionellen Strömungen, wie Solidarnosc, Charta 77 und die unabhängige Friedens- Menschenrechts- und Ökobewegung der DDR unterstützt. Gerade deshalb hören wir jetzt nicht auf, auch die hiesigen Verhältnisse weiter zu kritisieren und gesellschaftliche und politische Alternativen zu entwickeln und vorzutragen - Alternativen für drüben und hüten. Demgegenüber hat die Bundesregierung nur eines anzubieten: keine gesellschaftliche Utopie, keine humane Solidarität und Hilfe, kein ernsthaftes Bemühen um die Lösung der anstehenden Probleme, sondern einzig die obszöne Überzeugungskraft der D-Mark, mit der sie schamlos und in der Pose des Zuhälters die DDR und die sonstigen Übergangsgesellschaften des einstigen "Ostblocks" zur Prostitution, d.h. zur Aufgabe, zum Verkauf ihrer selbst treibt. Diese nackte machtpolitische Realität wird dann, je leerer, desto beschwörender, beblümt von der chauvinistischen Phrase des "einig Volk und Vaterland". Geht es nach der Kohl-Regierung, so ernten die Unternehmen die Früchte dieser nationalistischen Anschlußpolitik, während deren Zeche wieder einmal die breiten,

nichtbesitzenden Bevölkerungsschichten zu zahlen haben. Das Erwachen aus dem Taumel der deutsch-deutschen Gefühle wird dann bitter werden.

Die Krise der Politik

Steuert die herrschende Politik in der Bundesrepublik in die ökologische und gesellschaftliche Krise, so ist sie selbst schon von einer Krise befallen: Immer weniger Menschen setzen Vertrauen in die etablierte Politik und fühlen sich von den PolitikerInnen ernst genommen. Viele wenden sich daher den Republikanern zu, in deren ebenso bornierte wie militante Ordnungspolitik Hoffnungen auf Zukunftschancen gesetzt werden. Immer weniger Menschen finden sich in den Ritualen und Werbeslogans der Politik wieder, immer weniger Menschen, vor allem Jugendliche, sind bereit, sich aktiv in die Politik und ihre starren systematischen und institutionellen Zwänge einzubringen. Viele Menschen haben resigniert und ihr Engagement verloren, weil sie die Erfahrungen machen mußten, daß die steinernen Verhältnisse hierzulande einfach nicht zu bewegen und zu verändern sind. Damit ist die "Krise der Politik" Teil jener allgemeinen "Sinnkrise" der modernen Gesellschaft, in der die Zukunftsaussichten trübe und unsicher geworden sind und auf die Leute wie Kohl nur damit reagieren, daß sie ihre "richtige Politik" besser verkauft wissen wollen. Politik wird zur kunstvollen Public-Relations-Arbeit...

Was wir wollen

"Eine Minderheit zu sein... stempelte einen nicht zu einem Verrückten" (George Orwell: 1984)

Wir GRÜNE haben nicht das Zauberpulver, das um die Ecke schießt. Wir sind nicht die besseren Menschen und haben nicht auf alle Fragen eine fertige Antwort parat. Doch wir haben Vorschläge und Gegenkonzepte anzubieten, die wir mit möglichst vielen Menschen diskutieren und gemeinsam umsetzen wollen.

Es ist keineswegs damit getan, daß "grünes Gedankengut", verkürzt auf ein technokratisches Management der ökologischen Krise, Eingang gefunden hat in die Rhetorik der etablierten Parteien. Wir brauchen eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft, ein neues Modell von Vergesellschaftung, in dem die Menschen im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften, in dem sich freie Subjektivität mit solidarischem Gemeinsinn verbindet, in dem materielle Sicherheit und gleiche demokratische Rechte für jedermann und jedefrau zur Wirklichkeit werden.

Die GRÜNE Partei ist vor 10 Jahren entstanden aus den Bewegungen, die der herrschenden Entwicklungslogik und den Funktionszwängen dieser Gesellschaft nicht länger folgen wollten. Unsere Programmatik leitet sich von der Einsicht ab, daß eine Umkehr im Denken und tiefgehende Transformationen dieser Gesellschaft unabweislich geworden sind.

1. Die ökologische Selbstzerstörung muß aufgehalten werden. Eine neue Form des Produzierens muß gefunden werden, die die Vorzüge des Marktes in der Versorgung mit einer strukturellen Rahmenplanung verbindet. Eine reine Marktwirtschaft vermag es nicht, über die Vermittlung der egoistischen Einzelinteressen hinaus gesellschaftliche Bedürfnisse und Zwecke, wie Umweltschutz, zu verwirklichen. Daß ein Verzicht auf unbeschränktes Wachstum nicht zu einer klammen Verzicht-Ideologie werden muß, kann durch eine gerechte gesamtgesellschaftliche "Verteilung" des Verzichts (von unten nach oben) gewährleistet werden.

2. Die wahnsinnigen militärischen Hochrüstungen der Paktsysteme und ihre zum Krieg führende Logik der waffenstarrten Verteidigung, muß gebrochen werden. Mit dem politischen Zerfall des Warschauer Paktes und der Abrüstungspolitik Gorbatschows stellt sich uns die dringende Aufgabe, auch die NATO zu einseitigen Abrüstungsschritten zu zwingen. Ziel muß eine Auflösung der Militärbündnisse und die völlige Entmilitarisierung Europas sein.

3. Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung treibt die Mehrheit der Menschheit in Not und Elend und die Nationalökonomien der 2. und "3. Welt" in eine dramatische Abhängigkeit von Weltbank und Weltmarkt. Deren Diktat wird unter der Last einer gigantischen Verschuldung jeder verantwortliche Umgang mit Mensch und Natur geopfert. Ohne eine Revolutionierung der gesamten weltwirtschaftlichen Beziehungen, ohne demokratische Land- und Wirtschaftsreform in den Ländern der "Dritten Welt" ist ein Ausweg aus der ökologischen und ökonomischen Misere nicht denkbar.

4. Feminismus ist mehr als sektorale "Frauenpolitik", die sich für die volle soziale Gleichberechtigung der Frauen einsetzt. Feminismus versteht sich auch als durchgängige Kritik unseres patriarchalisch geprägten gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der herrschenden Kultur. Mit der Abspaltung der angeblich weiblichen Werte und Eigenschaften aus dem öffentlichen Leben und der Verdrängung der Frauen in die Privatsphäre ist nicht nur die gesellschaftliche Dominanz des Mannes, sondern auch die Herrschaft des Menschen über den Menschen und die Natur mit vorangetrieben und befestigt worden. Die Feminisierung der Gesellschaft ist daher wesentlicher Bestandteil der Demokratisierung und Pazifizierung des menschlichen Zusammenlebens.

5. Dem weltweiten Kampf um soziale Gerechtigkeit, Demokratie, individuelle Freiheiten und Menschenrechte schließen wir die Forderung nach umfassender Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche bei uns an. Dazu gehören eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine Rückeroberung der Politik, der "res publica", also der allgemeinen Belange, durch die Allgemeinheit, eine Verteidigung und Ausweitung staatsfreier Spielräume, neuer kultureller Lebensformen und emanzipativer zwischenmenschlicher Beziehungen, von der Öko-Landkommune bis zur Hamburger Hafenstraße. Bei gesellschaftlichen Konflikten ergreifen wir die Partei der Schwachen. Gerade weil wir prinzipiell gegen Gewalt sind, lassen wir uns die staatliche Gewaltdefinition nicht aufzwingen: Denn Gewalt ist nicht nur der geschleuderte Stein, Gewalt ist auch Tiefflug, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Armut. Staatlicher und sozialer Gewalt setzen wir den moralischen Imperativ entgegen: nur eine friedliche, gewaltfreie Gesellschaft ist eine menschenwürdige Gesellschaft. Deshalb verfolgen wir eine Strategie der Pazifizierung gesellschaftlicher Konflikte - gegen Sündenbockmentalität und Hetze gegen unbequeme Andersdenkende. Damit verhalten wir uns nicht neutral oder im Sinne einer "Ruhigstellung" des Konfliktpotentials. Im Gegenteil: unsere Aufgabe sehen wir darin, kritische Gesellschaftstheorie aufzugreifen und umzusetzen, sowie gesellschaftlichen Mobilisierungen zu einer größeren Wirksamkeit zu verhelfen. Ein solidarisches Gemeinwesen ist unvereinbar mit der Ausgrenzung von Minderheiten. Alte, Kranke, Behinderte und andere sogenannte "Randgruppen" müssen einen gleichberechtigten Platz im gesellschaftlichen Leben erhalten.

Zu einem gemeinsamen Haus Europa mit gleichberechtigten BewohnerInnen gehört die Absage an jede Macht- und Hegemonialpolitik. Das erfordert auch den Bruch mit der bestehenden EG-Abschottungspolitik, den Bruch mit der Diskriminierung von "AusländerInnen" und "Fremden" durch die Konstituierung eines europäischen

BürgerInnenrechts, das politische Grundrechte nicht mehr länger an Volks- oder Staatsangehörigkeiten bindet.

Wer eine wirkliche Alternative zur herrschenden Regierungspolitik will, muß DIE GRÜNEN stark machen. GRÜN ist machbar - GRÜN ist notwendig!

Der Treibhauseffekt - Das Ozonloch
Der ökologische und soziale Umbau der Industrieländer

Das Schicksal der weltweiten Zivilisation entscheidet sich im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts.

Die Frage, ob Menschen auch in Zukunft auf diesem Planeten eine lebenserhaltende Umwelt vorfinden, wird jetzt beantwortet - im nächsten Jahrhundert ist es bereits zu spät. Die Gefahr einer weltweiten Klimakatastrophe ist in greifbare Nähe gerückt. Sie ist nur mit der Gefahr eines nuklearen Vernichtungskrieges zu vergleichen.

Zwei Bedrohungen bestehen für die Atmosphäre und das weltweite ökologische Gleichgewicht:

- In der Stratosphäre in 15 - 50 km Höhe schwindet die lebensschützende Ozonschicht. Riesige Mengen von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) bauen das Ozon ab, besonders in den antarktischen Regionen. Dabei wird das FCKW kaum verbraucht: Jedes einzelne in diese Höhe gelangte FCKW-Molekül zerstört Hunderte von Ozonmolekülen, und das auf Jahrzehnte. Der Ozonabbau schreitet voran und beträgt schon jetzt zwischen 2 % auf der Nordhalbkugel und 10 % auf der Südhalbkugel der Erde.

- In der Troposphäre, in einer Höhe bis ca. 10 km, verursachen Billionen Tonnen von Kohlendioxid (CO₂), die beim Verfeuern von Kohle, Erdgas, Öl und Holz entstehen, und dazu Millionen Tonnen Methan, die bei der Erdgasgewinnung, aus Rindermägen oder über Asiens Reisfeldern aufsteigen, den Treibhauseffekt: Die Erde wird in eine Hitzefalle verwandelt. Die riesigen Mengen langlebiger Chlorverbindungen wirken dabei doppelt. Sie zerstören die Ozonschicht in der Stratosphäre und tragen in der Troposphäre zur Temperaturerhöhung der Erde bei.

Zwei Jahrhunderte quantitatives Industriewachstum, Bevölkerungsexplosion und Verschwendungssucht der reichen Länder sind verantwortlich für den Raubbau an der Natur, der unvorstellbare Ausmaße angenommen hat: Was die Natur in tausenden Jahren an Erdöl, Erdgas und Kohle geschaffen hat, verbraucht die Menschheit an nur einem Tag. Rund 20 Millionen ha Regenwald sind 1988 diesem Raubbau zum Opfer gefallen.

Erhebliche Klimaveränderungen und ein weiterer Ozonabbau sind unvermeidlich. Es kann nur noch darum gehen, den Schaden zu begrenzen, um dann langfristig vielleicht zu einer Sanierung zu kommen. Werden nicht sofort weltweite Gegenmaßnahmen ergriffen, wird nach Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur (IEA) der CO₂-Gehalt der Luft in den nächsten Jahren um die Hälfte ansteigen. Dann ist ein Temperaturanstieg durch CO₂ und andere Spurengase von 3 - 9 oC zu erwarten.

Die Folgen wären verheerend. Klimazonen werden sich verschieben, Dürre, Tornados, Orkane, Hurrikane und Überschwemmungen zunehmen. Durch die Erwärmung der Ozeane wird der Meeresspiegel weiter ansteigen. Der Lebensraum von vielen 100 Millionen Menschen ist bedroht, die Hälfte der Menschheit lebt in Küstennähe. Laut dem amerikanischen World-Watch-Institute verloren allein in Bangladesch und im Sudan 1988 rund 25 Millionen Menschen ihre Unterkunft, weil aufgrund klimatischer Einflüsse Überschwemmungen ein immer größeres Ausmaß angenommen haben. 1988 verdorrte in vielen Regionen der USA, der UdSSR sowie in China und Indien die Vegetation. Die Dürre gefährdet die großen Weizengürtel der Erde.

Das Ozonloch, die ersten Anzeichen der Klimakatastrophe, die Vergiftung der Böden und des Grundwassers, der biologische Tod von Nord- und Ostsee, das Absterben der Wälder und atomare Katastrophen wie Tschernobyl sind eindringliche Warnungen an die gesamte Menschheit - die Grenzen der Belastbarkeit des Planeten sind endgültig erreicht.

Treibende Kraft dieser Zerstörung ist eine industrielle Zivilisation, die auf der Idee und Praxis eines grenzenlosen Wachstums von Produktion und Konsum gründet und die ganze Erde als Rohstofflager und Abfallhalde behandelt. Das Interesse an Kapitalverwertung, steigenden Gehältern und staatlichen Steuereinnahmen, Konsum und Karriere treibt den Wachstumsmotor an. Diese Allianz muß aufgekündigt, das Primat der Ökologie gegenüber dem jetzt herrschenden Vorrang wirtschaftlicher Interessen durchgesetzt werden, wenn die ökologische Wende gelingen soll.

Die aktuelle Hochstimmung über neue Wachstumsmärkte und Modernisierungsgewinne droht die Einsicht zu verschütten, daß die entscheidende Aufgabe in der Selbstbegrenzung der Industriegesellschaft liegt. Dafür sind rasche und grundlegende Veränderungen in Produktion und Alltagsleben unvermeidlich.

Die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien und Produkte muß einer ökologischen Bewertung und Kontrolle unterzogen werden. Dazu gehören auch erweiterte Möglichkeiten zur demokratischer Korrektur staatlicher und betrieblicher Planungen und technischer Entwicklungen durch die Bevölkerung. Ökologisch und sozial bedenkliche und gefährliche Großtechnologien wie die Atomtechnologie, die zentral angelegten und gesteuerten IuK-Technologien, die Bio- und Gentechnologie sowie die Weltraumtechnik dürfen nicht länger gefördert und angewendet werden.

Um die größtmögliche Wirkung in der kürzestmöglichen Zeit zu erreichen, müssen direkte politische Regelungen - gesetzliche Normen, Gebote und Verbote - mit indirekten ökonomischen Steuerungsinstrumenten kombiniert werden.

Die Haushaltsstellen für die Atomenergie- und Fusionsreaktorforschung bei Bundesminister für Forschung und Technologie sind zugunsten der Förderung der regenerativen Energien zu streichen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Wende ist durch eine erhebliche Intensivierung der ökologischen Bildung zu erhöhen. Dabei ist dem handlungsorientierten Lernen in umweltpolitisch relevanten Projekten der Vorzug gegenüber dem rein kognitiven Lernen im Fachunterricht zu geben. Ökologische Bildung soll auch nicht auf die SchülerInnen beschränkt bleiben, sondern integraler Bestandteil der beruflichen Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung aller Menschen sein. DIE GRÜNEN unterstützen daher nachdrücklich die

Forderung nach dem Aufbau von Umweltzentren, in denen Jugendliche wie Erwachsene praxisorientierte ökologische Bildung erfahren.

Die verantwortlichen Politiker reagieren auf die überlebenswichtige Herausforderung nicht mit den notwendigen und vernünftigen Maßnahmen; sie sitzen die gewaltigen Probleme aus - auf einer beispiellose Lawine von Klimakonferenzen wird geredet und nicht gehandelt. Wir nennen das Politikersatz.

Was heute auf der Tagesordnung stehen muß, sind nicht Klimakonferenzen, sondern eine konsequente Klimapolitik.

Gefordert sind hier insbesondere die Industrieländer, von denen 80-90% der globalen Umweltprobleme verursacht werden und in denen gerade ein Viertel der Menschheit lebt. Die BRD ist die drittstärkste Industrienation der Welt und in der EG die Nation mit der stärksten Volkswirtschaft. Damit hat sie die ökonomischen Voraussetzungen, um den ökologischen und sozialen Umbau beispielhaft voranzutreiben. Die globale Umweltzerstörung ist aber ein weltweites Problem und so wenden wir uns an alle führenden Industrienationen:

- Es ist ein Sofortprogramm zu beschließen und zu realisieren, das die Schadstoffe in der Höhe reduziert, damit sich die Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 um höchstens 2 °C erhöht. Das ist die wahrscheinliche Grenze, die die Ökosysteme gerade noch verkraften können.
- hierzu ist ein Öko-Gipfel der Industrieländer einzuberufen und folgende Forderungen sind zu verabschieden:
 - Die Kohlendioxid-Emissionen sind bis zum Jahr 2010 um 50 % zu reduzieren; weltweit ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie zu vereinbaren;
 - Jedes Industrieland muß hierzu einen Reduzierungsplan vorlegen, wie dieses Ziel zu erreichen ist;
 - Energieeinsparung und Energieeffizienz sind durch internationale Lizenzvergabe, Technologietransfer und Anwendung der jeweils fortgeschrittensten Energietechnologie wesentlich zu erhöhen;
 - Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ist bis zum Jahr 2100 zu vollziehen. Dies bedeutet gemeinsame, internationale massive Förderung und Erforschung regenerativer Energiequellen.
 - Die Produktion und die Verwendung von ozonschädigenden Chlorsubstanzen muß sofort vollständig verboten werden.

Für eine Energiewende in der BRD - Sofortmaßnahmen

- Die Energiepreise sind zu erhöhen, um den Energieverbrauch zu senken. Daher fordern wir eine Primärenergieabgabe auf fossile Brennstoffe und Atomstrom, solange AKWs in Betrieb sind. Die Abgabe ist so zu bemessen, daß der rasche Umbau der Energiewirtschaft damit finanziert werden kann.

- Strompreise müssen für alle gleich sein, Großverbraucher dürfen nicht belohnt werden. Einspeisen von Strom aus regenerativen Quellen muß durch die Tarifordnung gefördert werden.
- Energiespartechnologien bei der Wärmedämmung im Hausbau und Wohnungsheizung und bei Produktionsverfahren sind verbindlich vorzuschreiben. Für die Industrie ist ein Abwärmenutzungsgebot einzuführen. Der Neuanschluß von Elektroheizungen ist zu verbieten, vorhandene sind abzubauen.
- Atomenergie ist nicht die "wegen der Klimakatastrophe umweltfreundliche Alternative" zur Kohle, wie es uns die Industrielobby weismachen will: der GAU bleibt jederzeit möglich, eine akzeptable Endlagerung gibt es nicht, die Entsorgung ist ungelöst. Daher: Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.
- Nach wie vor ist die Beseitigung des Atommülls eine ungeklärte Frage. Das gegenwärtige "Entsorgungskonzept" heißt Zwischenlagerung in einfachen Betonhallen und das Hin- und Herschieben von hochgiftigen Müll auf Schienen, Straßen- und Wasserwegen. Die geplanten Endlager Gorleben und Schacht Konrad in Salzgitter sowie die in Gorleben in Bau befindliche Pilotkonditionierungsanlage lehnen wir ab. Mit dem geplanten Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter und Gorleben versucht die bundesdeutsche Atomlobby gemeinsam mit der Bundesregierung den faktischen Entsorgungsnotstand zu lösen. Unabhängige WissenschaftlerInnen sind sich jedoch einig, weder der Salzstock Gorleben noch der Schacht Konrad sind geeignet, den Atommüll hunderttausende von Jahren sicher von der Biosphäre abzuschließen. DIE GRÜNEN fordern deshalb den Abbruch des Genehmigungsverfahrens für Schacht Konrad und die sofortige Einstellung des Baus eines Endlagers Gorleben. Erst wenn die Erforschung und Erkundung eines Endlagers nicht mehr als Alibi für die Weiterproduktion von Atommüll dienen, werden DIE GRÜNEN sich an einem Konzept der möglichst sicheren Lagerung von Atommüll beteiligen. Die bisherige Atompolitik ist gescheitert. Die Nicht-Inbetriebnahme von Kalkar, die Abkehr vom THTR in Hamm-Uentrop, das Scheitern des Modul-Reaktor-Konzepts, vor allem das "Aus für Wackersdorf" sind dafür ein beredtes Zeugnis. Das ist zweifellos auch ein Verdienst des Drucks "von unten" (Anti-AKW-Bewegung, GRÜNE), der die Genehmigung erschwert und den Preis für den Atomstrom hochgetrieben hat. Auch konnte bisher noch nicht, wie das Atomgesetz verlangt, ein sicheres Endlager ausgewiesen werden.
- Kohleverbrennung ist eine Übergangstechnologie; sie ist nach und nach zu ersetzen unter Förderung des wirtschaftlichen Umbaus der Kohleregionen.
- Die Kommunen müssen wieder eine eigenständige Energieversorgung entwickeln. Die gigantischen Energiemonopole sind zu entflechten und in gemeinnützige Dienstleistungsunternehmen umzuwandeln. Nur so können die vorhandenen Energieeinsparungs- und Energienutzungsmöglichkeiten konsequent ausgebaut werden (z.B. Blockheizkraftwerke in Kraft-Wärme-Koppelung)

Für eine ökologische Verkehrswende

Weltweit sind rund 400 Millionen Kraftfahrzeuge mit steigender Tendenz zugelassen. Diese tragen mit 20% der CO₂-Emissionen zur Klimaerwärmung bei. 80% der Autos werden in den westlichen Industrieländern gefahren.

Das Auto hat sich hier längst von einem "Symbol der Freiheit" zu einem Instrument der Zerstörung verwandelt. Während Millionen von Verkehrsunfällen passieren und Tausende von Verkehrstoten auf der Strecke bleiben, endet die erhoffte Mobilität des Autoverkehrs im Stau. DIE GRÜNEN wollen den Abschied vom Umweltzerstörer Nr.1, von dem 70% des Kohlenmonoxids und 50% der Stickoxide stammen, der für Landschaftszerstörung und Lärmbelastigung verantwortlich ist. DIE GRÜNEN wollen den Abschied vom Auto als Massenverkehrsmittel.

Wir fordern die Bundesregierung, aber auch alle anderen Industrieländer auf:

- Ab 1995 sind nur noch PKW mit einem durchschnittlich Verbrauch von 4,0 l/100km zugelassen.
- Der 3-Weg-Katalysator ist verpflichtend einzuführen.
- Ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen, von 80 km/h auf Landstraßen und von 30 km/h in Stadtgebieten ist einzuführen. Gestaffelte Bußgelder und verminderte Motorleistung werden diese Maßnahme unterstützen.

- Die Straßenbenutzung ist einzuschränken, die Straßenverkehrsordnung muß klare Vorrangsregeln für FußgängerInnen und RadfahrerInnen festlegen, Stadtplanungen müssen sichere und oberirdische Fußwegenetze und Radfahrnetze verwirklichen.

- Es soll eine Treibstoffabgabe erhoben werden, die in einem Stufenplan ab 1991, beginnend mit einer DM auf fünf DM bis zum Jahr 2000 gesteigert wird. Die Mittel werden in den ersten Jahren für einen Härteausgleich zur Förderung einer sanften Mobilität (Umweltverbund), für die Erstellung verkehrsarmer Siedlungsstrukturen und den Abbau der schlimmsten verkehrsspezifischen Umweltschäden eingesetzt.

- Bundesbahn, S- und U-Bahnen und Busse sind als umweltfreundliche Alternative zum KFZ-Massenverkehr zu fördern. Nötig ist v.a. ein Eisenbahnsanierungsgesetz, das die Chancengleichheit für die Bahn wieder einführt. DIE GRÜNEN fordern eine Attraktivitätssteigerung der Bahn durch eine Vernetzung und Verdichtung des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs. DIE GRÜNEN treten ein für eine Optimierung der netzweiten Gesamtreisezeit (entsprechend dem Schweizer Konzept "Bahn und Bus 2000") und für eine spürbare Reduzierung der Fahrpreise.

- Der Gütertransport, v.a. der Ferntransport, ist auf die Schiene zu verlagern. Dies ist durch eine Schwerverkehrsabgabe für Lastkraftwagen zu erreichen, damit sich der Gütertransport per Bahn wieder lohnt. Ein sofortiges Alptenttransitverbot, ein Nachtfahrverbot und ein Wochenendfahrverbot sind einzuführen.

Für eine drastische Reduzierung des Flugverkehrs

Der zivile Luftverkehr produziert in der BRD pro Jahr 19.000 t Stickoxide, 23.000 t Kohlenmonoxid und 4.000 t Kohlenwasserstoffe. Aus dem militärischen Luftverkehr stammt noch einmal die gleiche Schadstoffmenge. In der mittleren und oberen Stratosphäre tragen Stickoxide aus den Flugzeugabgasen zum Abbau des UV-Filters Ozon bei. In der Troposphäre - bis 10 km Höhe - wird durch Kondensstreifen und Ozonzunahme der Treibhauseffekt verstärkt. In Bodennähe nimmt das für Mensch, Tier und Pflanze giftige Ozon zu.

Wir fordern:

- Ein internationales Abkommen muß den Flugverkehr in der Stratosphäre verbieten
- Überschallflüge sind ebenfalls zu verbieten
- Ein internationales Abkommen zur Begrenzung der Stickoxid-Emissionen: technisch sind heute durch energieärmere Turbinen um 30% und langfristig um 70 % Einsparungen möglich
- Kurzflüge unter 800 km sind zu verbieten
- die Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung
- eine Besteuerung der Luftfracht
- die Einstellung des militärischen Luftverkehrs

Für eine sanfte Chemie

Zur Zeit existieren rund vier Millionen registrierte chemische Produkte weltweit, jährlich kommen 40.000 neue hinzu. Die Umweltauswirkungen der einzelnen chemischen Produkte sind nur zu einem Bruchteil bekannt. Der Abbau der Ozonschicht durch aggressive Chlorverbindungen und der Anteil chemischer Kunstprodukte am Treibhauseffekt sind alarmierend.

Das Internationale Wiener Abkommen und das daraus resultierende Montrealer Protokoll sehen nur eine Reduktion der voll halogenierten FCKWs um 50% bis zum Jahr 1999 vor. Ein weiterer Mangel ist die Beschränkung auf die voll halogenierten FCKWs. Es besteht die Gefahr, daß sich die Industrie auf die Produktion von teilhalogenierten Stoffen konzentriert, die ebenfalls den Ozonschild schwächen. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Industrie die Produkte in den Ländern absetzt, die noch nicht dem Abkommen beigetreten sind (bzw. die Produktion dorthin verlagert.)

Wir fordern:

- ein sofortiges internationales Verbot aller ozonschädlichen Substanzen und ein Verbot, die Produkte in den Ländern zu vertreiben, die einem solchen Abkommen noch nicht beigetreten sind, oder die Produktion dorthin zu verlegen.
- ein sofortiges Verbot von Wegwerfprodukten, in denen ozonschädlichen Stoffe enthalten sind, wie z.B. Plastikbecher, -gabeln, -teller, Plastikstühle, -spielzeug oder Schaumstoffmatrassen usw.
- transparente Produktions- und Einsatzzahlen
- die Erarbeitung einer nationalen, jährlich zu aktualisierenden Chlorbilanz
- eine Steuer von 20 DM/kg Halogenwasserstoff, um die technische Innovation zu fördern und um eine höhere ökologische Vertretbarkeit zu erreichen

- ein Forschungsprogramm zur Erforschung von unbedenklichen Ersatzstoffen und -verfahren.
Ziele sollten sein:

- die Bereitstellung von Ersatzstoffen für die Anwendung als Aufschäum-, Kühl-, Reinigungs- und Lösemittel.

- der Vergleich der Umweltverträglichkeiten von Ersatzstoffen hinsichtlich der Emissionen bei ihrer Herstellung, Verwendung und Beseitigung

- Sicherheitstechnik bei brennbaren Ersatzstoffen

- Fortgeschrittene Emissionsminderungsmaßnahmen bei unumgänglicher Anwendung von FCKWs im medizinischen Bereich.

Für einen Schutz vor irreversiblen Schäden - gegen Gentechnologie

Mit dem Gentechnik-Gesetz und einer Vielzahl von Rechtsverordnungen soll die industrielle Anwendung der Gentechnik störungsfrei sichergestellt werden. Insbesondere die Rechtsverordnungsentwürfe zeigen in aller Deutlichkeit, daß anerkannte Sicherheitsstandards im Bereich des technischen Sicherheitsrechts nunmehr ihre Gültigkeit verlieren sollen. Es handelt sich nicht um ein Gesetz zum Schutz von Mensch und Umwelt vor den Risiken und Gefahren der Gentechnologie sondern um ein Gesetz zum "Schutz" der Gentechnik-Industrie vor Bevölkerungs- und Umweltinteressen.

DIE GRÜNEN lehnen die Einführung dieser Technologie ab, die zum ersten Mal die von der Natur gesetzten Grenzen überschreitet und zu irreversiblen Schäden bei Lebewesen und ganzen Ökosystemen führen kann.

DIE GRÜNEN setzen sich für ein fünfjähriges Moratorium für den gesamten Bereich der Anwendung der Gentechnik ein. Dieses Moratorium gilt für die Forschung und die Produktion, so daß die Herstellung, Anwendung, Verbreitung und Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und deren Produkten innerhalb dieses Zeitraumes nicht möglich ist.

DIE GRÜNEN beharren darauf, daß die Suche nach alternativen Problemlösungsstrategien Priorität hat. Es darf keine Entscheidung zugunsten der Gentechnologie erfolgen. DIE GRÜNEN fordern, daß immer nur die umwelt- und sozialverträglichste Technologie Anwendung findet. Dies ist die Gentechnologie beim derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik nicht, denn es gibt bisher keine Beweise, daß eine Anwendung ohne Gefährdungspotentiale möglich wäre.

Für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft und gesunde Ernährung

DIE GRÜNEN wollen eine Agrarpolitik, die die bäuerliche Wirtschaftsweise erhält, wiederbelebt und die Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion umkehrt.

Die bäuerliche Landwirtschaft ist die Grundlage des ökologischen Landbaus. Der ökologische Landbau ist die radikalste Form bäuerlicher Landwirtschaft. Über Jahrtausende hinweg hat eine bäuerliche Landwirtschaft in gelungener ökologischer Praxis die Artenvielfalt und vielfältige Strukturen unserer heutigen Kulturlandschaft geschaffen. Dieses bäuerliche Wissen um die Arbeit im ökologischen Zusammenhang geht unter dem Wachstumszwang der

herrschenden Agrarpolitik zunehmend verloren. Die Zukunft der Landwirtschaft wird für die gesamte Gesellschaft zur Überlebensfrage.

Wir unterstützen ein neues Selbstbewußtsein in den Regionen, den politischen Zusammenschluß von Bäuerinnen und Bauern mit VerbraucherInnen und "Dritte-Welt"-Initiativen, mit Umwelt- und Tierschutzverbänden gegen die Zerstörung ihrer Existenzen.

Angesichts der Bundes- und EG-Politik zur Industrialisierung der Natur lehnen DIE GRÜNEN den nicht beherrschbaren Einsatz der Gen-Technik in der Landwirtschaft sowie in der Lebensmittel-Verarbeitung und Ernährungsindustrie ab. In der Auseinandersetzung um die anstehende Patentierung von Lebewesen, um die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen werden DIE GRÜNEN unnachgiebig bleiben; der Respekt vor der natürlichen Identität von Lebewesen und der Schutz vor genetischen Manipulationen muß allen wirtschaftlichen Überlegungen voranstellen.

Ziele GRÜNER Agrar- und Ernährungspolitik:

1. Wir treten ein für den Erhalt und die Förderung einer kleinstrukturierten, bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft:
 - für die umweltgerechte Erzeugung hochwertiger Lebensmittel durch Begrenzung auf natürliche Kreisläufe und Ressourcen,
 - für eine artgerechte Tierhaltung,
 - für eine ökologisch intakte Landschaft,
 - für einen sozial und ökologisch funktionsfähigen ländlichen Raum,
 - für den Erhalt und die Erneuerung von dörflichen Strukturen in Handwerk, Handel und Verarbeitung,
 - für die Erhaltung eines vielfältigen Erzeugungs- und Vermarktungsangebots (Direkt-Vermarktung, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und lokale Märkte) in allen Regionen,
 - für die Entflechtung, Entmachtung und Kontrolle der Großkonzerne in Nahrungsmittel-Produktion, -verarbeitung und -handel.
2. Wir treten ein für die Förderung, Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der bäuerlichen Landwirtschaft und selbstverwalteten bäuerlichen Gemeinschaften.
3. Wir treten ein für die Unterstützung und Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf ökologische Bewirtschaftung:
 - für die Förderung der Beratungstätigkeit in den Anbauverbänden des ökologischen Landbaus und die Ausbildung im ökologischen Landbau,
 - für die Erweiterung des Absatzmarktes für Erzeugnisse aus ökologischem Anbau über die gezielte Förderung dezentraler, regionaler Vermarktungsstrukturen.
4. Unsere Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft müssen geschützt werden. Um den Einsatz von Stickstoffträgern zu reduzieren, fordern DIE GRÜNEN die Einführung einer Stickstoffabgabe. Grundsätzliches Ziel ist ein Verbot von allen Pestiziden, trinkwassergefährdenden Pestiziden sind sofort aus dem Verkehr zu ziehen.
5. Es muß eine Flächenanbindung der Produktion erfolgen. Massentierhaltung ist durch absolute Bestandsobergrenzen zu verbieten. Die Tiere müssen artgerecht gehalten werden.

6. Zur ausreichenden Entlohnung der bäuerlichen Arbeit sind gestaffelte Erzeugerpreise erforderlich, damit der Mehraufwand an Arbeit in der klein- und mittelbäuerlichen Erzeugung angemessen bezahlt wird.

7. Bäuerinnen müssen bezüglich des Einkommens mit den Bauern gleichgestellt werden. Sie müssen eine eigenständige soziale Absicherung erhalten, einen gesetzlich verankerten Mutterschutz und gleichberechtigte Mitsprache und Entscheidungsrechte bei der Bewirtschaftung, in Landwirtschaftskammer und Sozialversicherung.

Für eine ökologische Abfallwirtschaft

Ein ernstgemeintes und erfolgversprechendes Konzept für eine ökologische Abfallwirtschaft erfordert eine grundsätzliche Änderung der industriellen Produktionsweise. Abfallpolitik ist letztlich Chemiepolitik mit dem Ziel der Entgiftung der Produktion und ihrer Produkte.

Nur die Umstellung der industriellen Güterproduktion auf abfallarme und in den Naturkreislauf rückführbare Produkte bietet einen Ausweg aus dem drohenden flächendeckenden Müllnotstand.

Statt mit immer aufwendigeren und teureren Nachsorgungstechniken in Müllverbrennungsanlagen und Deponien muß das Müllproblem an der Quelle angegangen werden, in der Produktion.

Der großangelegte Einstieg der Elektrizitätswirtschaft und privater "Müllentsorger" bedeutet eine weitere Verschärfung des Abfallproblems. Nur bei möglichst vielen Verbrennungsanlagen und möglichst hohem Mülldurchsatz ist für Anlagenhersteller und Betreiber das Müllgeschäft lukrativ. Den Kommunen werden durch die neue Technische Anleitung (TA) Abfall Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten über den Verbleib des Mülls entzogen.

Deponierung und Verbrennung - der falsche Weg.

Die Deponierung von Abfällen wird zunehmend problematischer. Platzmangel, Landschaftszerstörung und Grundwasserbeeinträchtigung sind die Merkmale dieser Art der Abfallbeseitigung. Die Hausmüll- und Sondermüllverbrennung ist kein Ausweg aus dem Dilemma, sie verlagert das Problem insbesondere bei hochgiftigen Abfallstoffen nur. Durch Müllverbrennung entstehen neue Stoffe, wie Dioxine und Furane, die an Giftigkeit ihre Ausgangsstoffe weit übertreffen. DIE GRÜNEN fordern daher die Einstellung der Haus- und Sondermüllverbrennung; den Bau neuer Anlagen lehnen wir ab!

Vermeiden und Verwerten - der ökologische Weg

- DIE GRÜNEN fordern ein konsequentes Abfallvermeidungs- und Verwertungsgebot. 80% des industriellen Giftmülls können nach Untersuchungen des Umweltbundesamtes allein durch die Umstellung der Produktionsverfahren vermieden werden. Im Haushaltsbereich ist durch gesetzliche Maßnahmen und Abgaben der Anteil der Mehrwegverpackungen zu erhöhen. Getrenntmüll-Sammelsysteme sollen flächendeckend eingeführt werden, um die Wiederverwertung zu erleichtern.

- Abfallbeseitigung und -verwertung ist nach Ansicht der GRÜNEN Sache der Kommunen. Auf kommunaler Ebene besteht am ehesten die Möglichkeit demokratischer Kontrolle und Planung.
- DIE GRÜNEN werden im Bundestag Initiativen für Abfallbeseitigungsgesetze und eine TA-Abfall ergreifen, die den Kommunen den rechtlichen Handlungsrahmen für eine ökologische Abfallwirtschaft schafft. Die Abfallgesetze müssen so verändert werden, daß an erster Stelle die Abfallvermeidung, dann stoffliche Wiederverwendung, umweltverträgliche Abfallbehandlung und zuletzt die umweltschonende Lagerung steht.
- DIE GRÜNEN fordern Verpackungs- und Abfallabgaben, Verbote bestimmter Verpackungen, Verpackungsnormierungen, Zwangspfand, Rücknahmeverpflichtung für den Handel und eine Kennzeichnungspflicht für Produkte, insbesondere um Einwegverpackungen zurückzudrängen. Mit dem Abgabenaufkommen kann der Einstieg in eine ökologische Abfallwirtschaft finanziert werden.
- Notwendig ist aber auch eine neue Einstellung der VerbraucherInnen hin zu einer Konsumvernunft, d. h. Qualität, Langlebigkeit, Umweltverträglichkeit und Nützlichkeit in den Vordergrund zu stellen.
- DIE GRÜNEN fordern ein Konzept, daß den Ausstieg aus der Müllverbrennung regelt. Dieses Konzept ist in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände zu erstellen. Für eine Übergangszeit wird gefährliches Müll (z.B. Kunststoffe und Giftmüll) weiter anfallen. Wir GRÜNEN sehen zur Zeit noch keine ökologisch-vertretbare Form der Beseitigung dieser Stoffe und treten deshalb für eine rückholbare Zwischenlagerung ein. Wir lehnen auch die Einlagerung von Giftmüll in Salzkavernen ab.
- Grundsätzlich ist bei der Müllentsorgung nach dem Verursacherprinzip zu verfahren. Dies gilt auch für die Altlastensanierung.
- DIE GRÜNEN fordern ein Verbot des Müllexportes. Wir begrüßen die Ankündigung der DDR, die Ablagerung bundesdeutscher Abfälle noch höchstens bis 1994 zu dulden. Schon seit Jahren fordern wir ein Verbot des Abfallexportes. Die Benutzung der Länder der "Dritten Welt" als Müllkippe ist verwerflich.
- DIE GRÜNEN werden sich nicht zu Sachwaltern der Elektrizitätswirtschaft, von Anlagenherstellern, sogenannten Entsorgungsfirmen und der chemischen Industrie machen, die von der herrschenden Abfallpolitik auf Kosten der Umwelt profitieren. Wir verurteilen die mißbräuchliche Umwidmung von industriellen Feuerungsanlagen zur Müllverbrennung.
- Ohne den Druck der Bürgerinitiativen vor Ort können wir unsere Ziele einer ökologischen Abfallpolitik nicht durchsetzen. Deshalb brauchen wir die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse durch Verbesserung der Teilhaberrechte der Menschen.
- Die Informationsfreiheit, d.h. die Offenlegung aller Emissionsdaten, ist zu gewährleisten. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an allen Verfahren für die Errichtung von Anlagen ist abzusichern.

Die ökologische Abfallwirtschaft erfordert eine "Chemie-Wende"

Trotz Gefahrstoffverordnung und anderer staatlicher Maßnahmen ist die chemische Industrie immer noch eine der gefährlichsten Risikoindustrien. Die Industrie hat uns in der Vergangenheit chemische Zeitbomben in den Boden gesetzt. Nach wie vor spielt die Produktion nicht naturverträglicher halogenierter Kohlenwasserstoffe eine große Rolle, werden Jahr für Jahr hunderte neuer Stoffe in Umlauf gebracht, deren Wirkung kaum erforscht ist. Mit dem Umstieg auf harte Gen- und Biotechnologie sucht die chemische Industrie einen Ausweg, der zu noch schlimmeren Risiken und Problemen führt. Da die Wirkung gentechnisch manipulierter Organismen auf andere Ökosysteme unkalkulierbar ist.

Auch das sofortige Verbot bestimmter abfallrelevanter und umweltschädlicher Produkte und Produktionsverfahren, wie der große Teil der Chlorchemie und FCKW, ist für DIE GRÜNEN ein Teil der Abfallvermeidung.

GRÜNE Chemiewirtschaft zielt auf den Abbau besonders problematischer Produktionslinien (wie PVC, FCKW, Phosgen, halogenierte Kohlenwasserstoffe, Gentechnologie usw.), auf den Umbau der übrigen chemischen Produktion in Richtung Natur-, Gesundheits- und Sozialverträglichkeit sowie den Aufbau einer "Sanften Chemie" aus.

GRÜNE Entgiftungspolitik zielt auf die Einstellung der Produktion derjenigen Stoffe, die in natürlichen Stoffwechselprozessen nicht vorkommen und von daher nicht natürlich abgebaut werden können. Unsere Kritik spart daher auch die Produktionsverfahren von Mikrochips nicht aus, die zu den umweltbelastendsten Industrien gehören, wie die Erfahrung von Silicon Valley in den USA belegt.

"Sanfte Chemie" fördert hingegen Produktionsverfahren, die zu Stoffen führen, die von Mensch und Natur ohne Schaden abgebaut und in ökologische Kreisläufe integriert werden können.

Wir GRÜNEN wissen, daß die nötigen Konzepte für den Umstieg auf eine "Sanfte Chemie" erst in einigen wenigen Bereichen entwickelt sind (Naturfarben, Nahrungsmittel, Medikamente, Kosmetika, Kleidung). Die nötige Chemiewende muß daher in einen ersten Schritt durch politische Vorgaben (Gebote, Verbote, Steuern und Abgaben) einen Ausstieg aus besonders gefährlicher Produktion fördern, während gleichzeitig Mittel und Institutionen geschaffen werden, die eine Neukonzeption der Chemiewirtschaft eine durchgreifende Technologiebewertung und Produktlinienanalyse und eine ausreichende ökologische Produktkontrolle ermöglichen. Konkret fordern wir eine Ergänzung des Gefahrenabwehrprinzips im Chemikaliengesetz durch ein Umweltvorsorgeprinzip, das ein Verbot umweltgefährdender Stoffe erleichtert, möglichst noch bevor sie auf den Markt gelangen und letztlich zu giftigen Haus- bzw. Sondermüll werden.

Für einen umfassenden Naturschutz

Naturschutz wird bisher vor allem als Reservatspolitik betrieben. Diese Verengung verhindert die umfassende Sicherung und Verbesserung des Naturhaushaltes. Wir GRÜNEN verfolgen eine andere Naturschutzpolitik. Sie zielt darauf ab, die ökologische Qualität des Lebens zu erhalten bzw. wieder zu erlangen. Sie ist im Gegensatz zum Reservatsdenken ganzheitlich angelegt. Bei sämtlichen umweltbedeutsamen Planungen und Entscheidungen muß gewährleistet sein, daß die ökologische Verträglichkeit vorab gegeben ist. Dazu sind verschiedene Maßnahmen nötig:

- Es muß endlich eine wirksame Umweltverträglichkeitsprüfung für alle öffentlichen und privaten Projekte, Planungen und Eingriffe, das Akteneinsichtsrecht und ein umfassendes Verbandsklagerecht eingeführt werden.

- Wir brauchen eine massive Änderung des Naturschutzrechts. In einem neuen Naturhaushaltsgesetz muß der Vorrang der Ökologie in folgenden Punkten zum Tragen kommen:

- Änderung der Landwirtschaftsklausel zugunsten einer umweltverträglichen und naturschonenden Landschafts- und Forstwirtschaft;

- Erweiterung des Biotopschutzes und der Eingriffsregelung, so daß alle Maßnahmen untersagt werden, die die Existenz einer Art oder eines schutzwürdigen Biotops sowie die natürlichen Lebensgrundlagen gefährden können.

- Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer ökologischen Landnutzungsplanung. Im Naturschutzrecht sind verbindliche Mindestinhalte der Landschaftsplanung und erforderliche Maßnahmen fortzuentwickeln.

- Um den Vollzugsdefizit im ökologischen Bereich wirkungsvoll zu begegnen, müssen die Natur- und Umweltschutzbehörden zu Lasten der Eingriffsbehörden (Straßenbau, Wasserwirtschaft usw.) organisatorisch und personell gestärkt werden.

Abrüstung jetzt!

Für ein Europa ohne Militärblöcke !

Der Wunsch, die Teilung Europas in zwei einander feindlich gegenüberstehende Militärblöcke zu überwinden, ist mehr als je zuvor zu einer konkreten Perspektive geworden. In der Sowjetunion und in Osteuropa ist ein Reformprozeß in Gang gekommen, der nicht nur von Hoffnungen auf eine Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in den Staaten des "realen Sozialismus" getragen wird, sondern der zugleich international als größte Abrüstungsinitiative seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Erscheinung tritt. Mit ihrer Bereitschaft, substantielle einseitige Abrüstungsmaßnahmen durchzuführen und weitgehende Abrüstungsvorschläge zu machen, sowie mit der Idee von einem "gemeinsamen Haus Europa", in dem die Blockkonfrontation aufgehoben wird, hat die jetzige sowjetische Führung ein breites Echo bei den Menschen in Ost und West gefunden. Das langjährige Wirken der Friedensbewegung hat Feindbilder abgebaut und dadurch Voraussetzungen für Abrüstung geschaffen. Die internationale "Friedens- und Abrüstungsdiplomatie" ist in Zugzwang geraten, dem sich auch die NATO nicht mehr mit dem gewohnten Vorurteil entziehen kann, es handle sich ohnehin nur um eine andere Spielart kommunistischer Weltrevolutionspläne.

Es scheint, als ob die Friedensbewegung nun an der Schwelle eines Erfolgs steht, ohne selbst noch sonderlich aktiv sein zu müssen. Aber dieser Schein trügt: Weder die Anliegen der Friedensbewegung, denen die GRÜNEN sich seit ihrer Gründung verpflichtet fühlen, noch die Notwendigkeit zu massiver Bewegung für diese Anliegen sind erledigt. Das "Friedensklima" ist günstig, aber real ist immer noch nicht mehr erreicht worden als der Abzug einer einzigen Waffenkategorie - der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa - wofür wir von Anfang an nicht nur gegen die jetzige Bundesregierung gekämpft haben. Die NATO-Zentrale sperrt sich weiterhin gegen umfassendere Abrüstungsvorschläge; Aufrüstungsprogramme werden hinter den Kulissen sogar ungebremst fortgesetzt. Dies gilt auch für die Politik der Bundesregierung,

die sich öffentlich gern als Motor von Frieden und Abrüstung darstellt, für 1990 aber den höchsten Rüstungshaushalt in der Geschichte der BRD durchgesetzt hat.

Für einseitige Abrüstung!

DIE GRÜNEN haben in ihrem Programm und in zahlreichen programmatischen Beschlüssen eine Welt ohne Militärblöcke und eine Gesellschaft ohne Waffen und Armeen zu ihrem politischen Ziel erklärt. Sie haben sich für eine Strategie einseitiger Abrüstungsschritte und für eine vollständige Konversion der Rüstungsproduktion in eine zivil nützliche und ökologisch verträgliche Güterproduktion und für die Entwicklung von Formen nichtmilitärischer Sicherheit und gewaltfreien Konfliktaustrags, soziale Verteidigung ausgesprochen.

Die Veränderungsprozesse in Europa bieten heute mehr als vor zehn Jahren eine Chance, nicht kleinlaut, sondern engagiert an die Verwirklichung einer neuen Friedensordnung heranzugehen. Wenn in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung einseitiger Abrüstung die NATO-Mitgliedschaft der BRD zur Diskussion steht bzw. die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so sind wir zum Bruch mit der NATO bereit. Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und eine Schwächung, Desintegration und schließliche Aufhebung dieses Militärpakts unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Friedenspolitik kann nicht auf der Basis von Militärblöcken betrieben werden.

Entscheidende Elemente einer Strategie einseitiger Abrüstungsschritte sind für uns in den nächsten vier Jahren:

1. Beseitigung aller ABC-Waffen

Alle militärischen Kapazitäten auf dem Boden der Bundesrepublik, die der atomaren, biologischen oder chemischen Kriegsführung dienen können, dürfen nicht modernisiert, sondern müssen beseitigt werden. Wir wollen gegenüber allen Völkern dauerhaft unterstreichen, daß die Bundesrepublik sich niemals mehr an einer eigenen oder gemeinschaftlichen atomaren, biologischen oder chemischen Rüstung beteiligt. Wir fordern, einen umfassenden Atomwaffenverzicht im Grundgesetz zu verankern.

2. Abschaffung der Bundeswehr - Ersetzung des Rüstungshaushaltes durch einen Konversionshaushalt.

DIE GRÜNEN sind grundsätzlich für die Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben und die Auflösung der Bundeswehr. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Verhinderung jeglicher Aufrüstung, also den Stopp von Waffenbeschaffung, Rüstungsforschung, Neu- und Ausbau militärischer Anlagen. Der Rüstungshaushalt muß innerhalb der nächsten Wahlperiode durch einen Konversionshaushalt ersetzt werden. Für die Betriebe und Regionen, in denen durch Truppenabzüge, die Kürzungen des Rüstungshaushalts sowie durch den Wegfall des Rüstungsexports (s.u.) wirtschaftliche Kapazitäten frei werden, müssen daraus staatliche Programme zur zivilen Produktionsumstellung (Rüstungskonversion) und zur Entwicklung eigenständiger Regionalwirtschaft finanziert werden.

3. -Sofortiger Tiefflugstop

Das Tiefflugtraining dient der Einübung offensiver militärischer Optionen: Trainiert wird insbesondere das Unterfliegen gegnerischen Radars zur Erleichterung des Angriffs auf Ziele tief im Land des Gegners. Wegen dieses offensiven Charakters ebenso wie wegen der unerträglichen Umweltbelastung und der Gefährdung der Bevölkerung ist diese Form des alltäglichen Terrors sofort einzustellen, über der Bundesrepublik genauso wie auf den

Auslandsstützpunkten der Bundeswehr. Wir lehnen jeden Fluglärmexport z.B. nach Labrador oder in die Türkei ab.

4. Kündigung des WHNS-Abkommens

Das "Wartime Host Nation Support" Abkommen regelt die Unterstützung, die die Bundesrepublik zusätzlichen 6 US-Divisionen im Frieden, im Krisen- und im Kriegsfall durch Einlagerung von Waffen und Material und Bereitstellung von technischem Hilfspersonal zu leisten hat. Wichtig ist das Abkommen im Rahmen der US-Doktrin der »horizontalen Eskalation«: Konflikte in anderen Teilen der Welt können nach Bedarf auf Europa ausgeweitet werden. Die angelegten Materiallager stehen den USA auch für direkte Unterstützung ihrer Militäroperationen in der "Dritten Welt" zur Verfügung. Die Bundesrepublik würde damit Teilnehmerin an den US-Militäraktionen. Das WHNS-Abkommen muß gekündigt, die für die Verstärkungsverbände angelegten Waffendepots müssen aufgelöst werden.

Ohne diese vier Punkte ist eine friedenspolitische Wende, die diesen Namen und die Unterstützung der GRÜNEN verdient, nicht denkbar. Ein friedenspolitisches Aktionsprogramm muß darüber weit hinausgehen:

- Um die Auflösung der Militärblöcke in absehbarer Zeit zu erreichen, muß eine Kombination verschiedener Maßnahmen zur militärischen Entflechtung - beginnend in der Bundesrepublik - eingeleitet werden: Dazu gehört ein sofortiger Rückzug aller Einheiten der Bundeswehr aus anderen Ländern (d.h. sowohl eine Auflösung regulärer Stationierungen im Rahmen der NATO wie auch ein Abschied der Bundeswehr von vorübergehenden Manöveraufenthalten, Flottenbesuchen usw. außerhalb der eigenen Hoheitsgrenzen), ein Abzug der alliierten und NATO-Truppen in der Bundesrepublik und WestBerlin in großen Schritten, eine planmäßige Auflösung der NATO-Infrastruktur in der Bundesrepublik. Um die Ablehnung jeglicher Kriegsvorbereitung zwischen den beiden Militärblöcken zu bekräftigen und die militärische Umweltzerstörung sofort deutlich zu verringern, fordern wir ein totales Manöververbot.
- Eine Auflösung der Militärblöcke in Europa darf nicht durch neue Formen der Rüstungs- und Militärkooperationen ersetzt werden, sei es im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU), der EG oder sonstwie. Entwicklungen, die bereits in dieser Richtung in Gang gesetzt wurden, wie z.B. die Reaktivierung der WEU und die Aufstellung einer gemeinsamen deutsch-französischen Brigade im Rahmen der verstärkten deutsch-französischen Militärkumpanei, müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden.
- Die Bundesrepublik muß aus dem internationalen Geschäft mit dem Tod aussteigen. Die bisherigen Ausfuhrregelungen für Waffen und anderes militärisches Gerät müssen durch ein vollständiges gesetzliches Verbot für jeglichen Rüstungsexport abgelöst werden. Dieses Verbot muß auch den Export von Ausrüstungen für Einsatztruppen einschließen, die zur Führung von innerstaatlichen Bürgerkriegen ausgebildet sind bzw. einer militärischen oder polizeistaatlichen Herrschaftssicherung dienen. Dieses Verbot muß desweiteren die Ausbildung von Militär- und Polizeikräften anderer Staaten in der Bundesrepublik sowie die Entsendung von militärischen und polizeilichen Ausbildern in andere Länder einschließen.
- DIE GRÜNEN fordern ein striktes Verbot der Erforschung, Entwicklung, Herstellung und Lagerung biologischer Waffen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten, die die Gentechnologie in diesem Bereich bietet. Neben gentechnischen

Projekten, die eindeutig militärischen Zwecken dienen, gibt es in diesem Bereich eine gefährliche Grauzone der gentechnischen Impfstoffforschung, deren Ergebnisse auch militärisch genutzt werden können.

- Die Wehrpflicht wird abgeschafft, denn ohne Armee brauchen wir keine Wehrpflicht mehr. Solange die Wehrpflicht noch besteht, müssen jegliche Prüfungsverfahren bei der Ablehnung des Militärdienstes entfallen. Für alle totalen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen darf es keine Freiheitsstrafen ohne Bewährung und keine Doppel- bzw. Mehrfachbestrafung geben. Alle Verurteilten totalen Kriegsdienstverweigerer sind in diesem Sinne zu amnestieren. Alle Pläne zur Einbeziehung von Frauen in den Militär- oder Zivildienst sind aufzugeben.

- Da die bisherige "Zivilverteidigung" nur ein Fortsatz der Kriegsvorbereitung ist, müssen alle diesbezüglichen Gesetze aufgehoben und die daraus folgenden Maßnahmen eingestellt werden. Das betrifft u.a. die gesamte Notstandsgesetzgebung und das Zivilschutzgesetz. Der Katastrophenschutz muß vollständig entmilitarisiert und ausschließlich auf Natur- und Technik-Katastrophen ausgerichtet werden. Der Bunkerbau muß eingestellt werden, und die vorhandenen "Schutzeinrichtungen" müssen abgebaut oder für zivile Zwecke umgewandelt werden.

Für eine neue europäische Friedensordnung

Mit diesem friedenspolitischen Aktionsprogramm halten DIE GRÜNEN daran fest, daß durch einseitige Abrüstungsschritte die Umkehrung der Aufrüstungs- in eine Abrüstungsdynamik bewirkt werden muß. Einseitige Abrüstung bedeutet, einen eigenen Beitrag für eine neue Friedensordnung in Europa zu leisten, der gleichzeitig eine Herausforderung an andere ist, diesem Beispiel zu folgen. Im Prozeß der Abrüstung und Blockzersetzung haben multilaterale Verhandlungen und Verträge durchaus ihren Platz. Sie können unter bestimmten Bedingungen zu einer Förderung beitragen und sollen die Ergebnisse der Abrüstung völkerrechtlich verbindlich festschreiben. Einseitige Abrüstung und eine aktive Mitarbeit in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen können und müssen sich wechselseitig ergänzen und bestärken.

Für den Aufbau einer neuen europäischen Friedensordnung und die Ausgestaltung der Idee eines "gemeinsamen europäischen Hauses" kann die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ein geeigneter Ort sein. Durch ein zweigleisiges Verfahren von aktiver Blockauflösungspolitik einerseits und Intensivierung der blockübergreifenden Zusammenarbeit andererseits kann diese neue europäische Friedensordnung konkrete Gestalt gewinnen.

Eine neue europäische Friedensordnung erfordert gerade von den wirtschaftlich mächtigsten Staaten wie der Bundesrepublik eine Politik der Selbstbeschränkung, die neben der Abrüstung auch in ihrem sonstigen politischen und wirtschaftlichen Auftreten erkennbar sein muß. Deswegen treten wir auch - in Ergänzung einer Politik der Selbstbeschränkung - für die Öffnung der BRD internationalen Kontrollen sowie eine wirksame Einbindung der BRD in solche zwischenstaatliche Zusammenhänge ein, die zusätzlich eine internationale Kontrolle und Beschränkung bundesdeutschen Machtpotentials gewährleisten. "Blockungebunden" heißt für uns nicht "vollkommen ungebunden", also frei zu nationalstaatlicher Machtpolitik, vielmehr geht es um alternative Formen der (Ein)Bindung. Das heißt: an die Stelle der konfrontativen Blockstrukturen, in die die BRD und andere Staaten eingebunden sind, muß

eine neue gesamteuropäische kollektive Struktur treten, die die Nationalstaaten zum Zwecke der Kriegsverhütung überwölbt und verbindet.

Wir wenden uns gegen Bestrebungen in der Bundesrepublik und in der EG, den Umbruch in den Staaten des "realen Sozialismus" auszunutzen, um Osteuropa nun zur wirtschaftlichen Kolonie einer übermächtigen EG zu machen. Wenn dies - gemessen an den jetzigen Lebensumständen - für viele Menschen in Osteuropa auch gegenwärtig vorteilhaft erscheinen mag, würde sich eine solche Entwicklung am Ende doch vor allem auf den Bankkonten der EG-Konzerne niederschlagen. Wir treten demgegenüber für eine Kooperation ohne Erpressung ein, die nicht nach neuen Absatzmärkten und Kapitalinvestitionen im Osten, sondern nach grenzübergreifenden Lösungen der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme sucht, ohne die osteuropäischen Reformbewegungen kapitalistisch einzukaufen. Die Bundesregierung muß die Initiative zu einem Fond ergreifen, der durch internationale öffentliche Gelder gespeist und durch die UNO-Wirtschaftskommission für Europa verwaltet wird, und aus dem insbesondere Maßnahmen zum ökologischen und sozialen Erneuerung der Volkswirtschaften in Osteuropa unterstützt werden.

Die Bewegung, die in der Sowjetunion, der DDR, der CSSR, Polen und Ungarn entstanden ist und zu einer friedlichen Revolution geführt hat, birgt die Chance in sich, eine völlig neue Gesellschaftsstruktur aufzubauen, die gleichermaßen die Fehler, Mängel und Zwänge des "realen Sozialismus" wie auch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vermeidet. DIE GRÜNEN wollen vielfältige Verbindungen zu den Reformbewegungen in diesen Ländern aufbauen, die wie wir an umfassender gesellschaftlicher Emanzipation interessiert sind, Erfahrungen mit ihnen austauschen und voneinander lernen. Die Debatte und das Experimentieren über gesellschaftliche Alternativen zu den bestehenden Systemen haben einen neuen Antrieb erhalten. Europa kann dies gut gebrauchen - nicht nur Osteuropa, sondern auch Westeuropa.

Soziale Grundrechte - Gestaltung der Arbeit

Sozialpolitik ist als eine eigenständige Gestaltungskraft zu verstehen und nicht als Anhängsel einer auf Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik.

DIE GRÜNEN streben eine Gesellschaft an, in der jedem Menschen das Recht auf eine menschenwürdige Existenz gesichert wird. Die Bundesrepublik, eines der reichsten Länder der Erde, ist weit davon entfernt. Selbst in Zeiten der Vollbeschäftigung war Armut Bestandteil dieser Gesellschaft.

Seit nunmehr 10 Jahren nimmt Armut aufgrund der Massenerwerbslosigkeit und des von sozialliberaler und konservativer Regierung betriebenen Sozialabbaus erneut zu. Besonders betroffen davon sind Frauen, da das herkömmliche Sozialsystem vom Modell des männlichen "Normalarbeiters" ausgeht und allenfalls für diejenigen, die diesem Modell entsprechen, existenzsichernde Sozialleistungen bereitstellt.

Alltagsarmut ist in der reichen Bundesrepublik ein Faktum. In Zukunft wird sie noch weiter zunehmen. Dafür spricht nicht nur die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit zunehmender Teilzeitarbeit und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen; auch der Vereinigungsprozeß zwischen den beiden deutschen Staaten wird zu einer weiteren Verschärfung im Rentenbereich führen. Das "neue" Rentenreformgesetz, gegen die alleinige Opposition der GRÜNEN im Deutschen Bundestag durchgesetzt, schafft die Alltagsarmut nicht ab. Im

Gegenteil: Ein ausreichendes Rentenniveau kann nach wie vor nur durch ein männliches Vollerwerbsleben erreicht werden.

Der Anteil alter Menschen nimmt bei uns zu. Altsein bedeutet vielfach ausgegrenzt, sich selbst überlassen, unzureichend versorgt und fremdbestimmt zu sein. Wir brauchen Raum für Eigeninitiative und Selbstbestimmung im Alter, und wir brauchen Angebote, die menschenwürdig einen individuellen Lebensraum im Alter aufrecht erhalten.

Der Weg in die 2/3-Gesellschaft schließt zunehmend 1/3 der Gesellschaft von der Teilhabe an sozialen Sicherungen und menschenwürdiger Existenz aus. Dies gilt umso mehr angesichts der Entwicklungen in Osteuropa und insbesondere in der DDR, die zu einer Verschärfung der sozialen Situation in der BRD führen werden, wenn nicht mit aller Kraft gegen eine Umverteilung zukünftigen Kosten auf die unteren Einkommensschichten dieser Gesellschaft gekämpft wird.

DIE GRÜNEN bekämpfen jede Politik, die unter dem Deckmantel ökologischer Notwendigkeiten die soziale Entsolidarisierung der Gesellschaft vorantreibt. Die ökologische Umgestaltung muß nach dem Verursacherprinzip erfolgen und den gesellschaftlichen Gruppen, die über die meisten Ressourcen verfügen, auch die größten Kosten zumuten.

Soziale Grundsicherung für Alle

- Wir GRÜNEN fordern sofortige Schritte zur Verminderung von Armut. Dies kann unter anderem durch den Abbau bisheriger Privilegien einzelner gesellschaftlicher Gruppen finanziert werden.

- Die schrittweise Verbesserung der Einkommenssituation von sozial und materiell benachteiligten Menschen kann durch die kurzfristige Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und einer begleitenden Reform der Sozialversicherung (Demokratisierung) erreicht werden. Grundsicherung bedeutet, daß in allen sozialen Sicherungssystemen (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilferecht) ein dynamisierter Grundsockel in Höhe von jetzt DM 1.200.- eingeführt wird. Grundsicherung ist unabhängig von der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt zu zahlen.

- Die Generationssubsidarität muß abgeschafft werden. Die Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern endet mit der Volljährigkeit. Die Ehegattensubsidarität muß langfristig abgeschafft werden.

- Für Kinder wird ein bedarfsorientiertes altersgestaffeltes Kindergeld gezahlt.

Durch die Grundsicherung entfallen die bisherigen repressiven Praktiken der Bedürftigkeitsprüfung. Abgeschafft wird auch der entwürdigende Arbeitszwang im Rahmen der Sozialhilfe, der zudem bislang ein Absinken der Löhne in den unteren Arbeitseinkommen schaffte.

- DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, daß Einkommen unter der von uns geforderten Grundsicherung von 1.200,-DM nicht der Lohnsteuer unterliegen; besteuert werden erst Einkommen, die darüber liegen. Dadurch wird erreicht, daß die sozial Schwächeren nicht noch steuerlich belastet werden.

Durch die Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung werden für viele Menschen Freiräume für selbstbestimmte Tätigkeiten geschaffen, die nicht unter den herkömmlichen Arbeits- und Erwerbsbegriff fallen.

Die jährlichen Kosten der von uns vorgeschlagenen Grundsicherung können durch Umschichtung im Bundeshaushalt aufgebracht werden. Auch kann die Einnahmeseite der Sozialversicherungen dadurch verbessert werden, daß alle bisherigen Nicht-BeitragszahlerInnen durch gleiche prozentuelle Beitragssätze in die gesetzlichen Sozialversicherungen einbezogen werden.

Arbeit umverteilen - Arbeitszeit verkürzen

Die Unternehmer und die Bundesregierung betreiben die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse.

Armut und Massenerwerbslosigkeit schaffen den Druck, daß immer mehr Menschen ihre Arbeitskraft gegen unzumutbaren Minderlohn, befristet, auf Abruf, in Leiharbeits- oder gar Schwarzarbeitsverhältnissen verkaufen müssen.

Vor allem Frauen werden in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, die eine eigenständige Existenzsicherung unmöglich machen.

Lafontaines Forderungen nach Ausweitung der Wochenendarbeitszeit und verlängerten Maschinenlaufzeiten gehen in dieselbe Richtung.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten sind trotz aller Parolen von "Freiheit" immer noch den Kapitalinteressen unterworfen. Eine weitere Verschiebung der Bedingungen zugunsten des Kapitals lehnen DIE GRÜNEN ab.

- DIE GRÜNEN fordern eine Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen und die Ausweitung der gewerkschaftlichen Rechte, die auch für transnationale Konzerne gelten sollen. Unsere Demokratisierungsstrategie schließt ein:

- Eine Reform der Betriebsverfassung und des Personalvertretungsrechts. Die Interessenvertretung soll in Fragen betrieblicher Arbeitsmarktpolitik, neuer Technologien, des Gesundheitsschutzes und in Fragen betrieblicher Investitionsentscheidungen erweitert werden, so daß Gewerkschaften und Betriebsräte eine wirksame Gegenmacht entfalten können. Die Rechte betrieblicher Minderheiten sind zu stärken:

- die Konstituierung regionaler Wirtschafts- und Sozialräte und eines bundesweiten Wirtschafts- und Sozialrates;
- ein gesetzliches Aussperrungsverbot;
- die Rücknahme der Änderung des § 116 AFG;
- ein Antidiskriminierungsgesetz für weibliche Lohnabhängige und ArbeitsimmigrantInnen.

Wo wir direkten Einfluß auf die Entscheidungen haben, also im öffentlichen Dienst, werden wir dafür Sorge tragen, daß Arbeitszeitverkürzungen mit Personalausgleich verbunden werden. Außerdem werden wir keine ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst zulassen.

- Wir streben an, daß die Menschen mehr über ihre Zeit verfügen und neben der Erwerbsarbeit auch anderen Tätigkeiten nachgehen können. Alle Erwerbstätigen sollen Anspruch auf

individuelle und kollektive Verfügungszeiten innerhalb der täglichen und wöchentlichen Erwerbszeit erhalten sowie auf bezahlte Freistellung zu Fortbildungszwecken und unbezahlte Freistellung von bis zu einem Jahr innerhalb von sechs Jahren.

- Als vorrangige Maßnahme fordern wir eine drastische Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Erwerbsarbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich für alle tariflichen Einkommen, insbesondere eine Sockelung der unteren und mittleren Einkommen in Richtung Nivellierung.

Die 35-Stunden-Woche muß in allen Bereichen der Wirtschaft, auch im öffentlichen Dienst, verwirklicht werden. Sie kann jedoch nur als Einstieg in weitere Verkürzungen der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit sein - in die 30-Stunden-Woche.

Eine deutliche Verkürzung des bisherigen "Normalarbeitstages" ist vor allem auch deswegen erforderlich, weil so die Voraussetzungen für die Überwindung der patriarchalischen Arbeitsteilung geschaffen werden können.

Männer müssen endlich dieselbe Verantwortung für unbezahlte Arbeit im Haushalt und bei der Betreuung und Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Personen aufbringen; Frauen müssen sich von ihrer doppelten und dreifachen Arbeitsbelastung befreien können.

- DIE GRÜNEN treten für eines neues Normalarbeitsverhältnis ein (6-Stunde-Tag bei weitgehender Einschränkung der Schichtarbeit), das die Lebens- und Arbeitsinteressen von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigt. An den wertvollen Schutzelementen eines Normalarbeitsverhältnisses wollen DIE GRÜNEN festhalten, weil sie den schrankenlosen Verwertungsansprüchen des Kapitals Grenzen setzen und menschenfeindliche Flexibilisierungsformen ausschließen.

DIE GRÜNEN vertreten in diesem Rahmen das Recht auf eine optionale Arbeitszeitgestaltung ein. Diese beinhaltet das Recht auf Arbeitszeitverkürzung bei Rückkehrrecht auf den Vollerwerbsarbeitsplatz und die Aufrechterhaltung der Sozialversicherungsbiographie. Die dabei entstehenden Lohnausfälle sollen nicht privatisiert sondern über eine gesellschaftliche Umlage ausgeglichen werden.

Arbeitszeitverkürzung kann ein Mittel zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze sein. Dies allein reicht aber zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit nicht aus.

- Daher fordern wir eine gesetzliche Beschränkung der unsolidarischen Überstundenpraxis auf zwei Stunden wöchentlich bei unaufschiebbaren Arbeiten.

- Vorhandene Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme müssen sich in der tariflichen Einstufung, der Bezahlung und der Langfristigkeit der Arbeitsverträge sowie einer ökologischen und sozialen Ausrichtung deutlich von der bisherigen Praxis unterscheiden, die einzig und allein der Disziplinierung von Erwerbslosen dient. Solche Programme, also auch z.B. ABM, werden mit den GRÜNEN nicht durchführbar sein. Stattdessen wollen wir ein Finanzierungsprogramm für selbstorganisierte Beschäftigungsinitiativen in sozialen und ökologischen Aufgabenfeldern sowie die Förderung der Selbstorganisation von Betroffenen ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse.

Um die krasse Bevorzugung der Männer auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, fordern DIE GRÜNEN die Quotierung. Mindestens 50% aller Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze

müssen bevorzugt Frauen angeboten und von Frauen besetzt werden. Es müssen Ausbildungsplätze für alle Altersgruppen geschaffen werden (was auch Umschulung und ähnliche Maßnahmen beinhaltet), die vor dem Sozialgericht auch einklagbar sind.

- Teilzeitarbeit muß der Vollzeitarbeit gesetzlich und tariflich gleichgestellt werden.
- Leiharbeit und Kapovaz (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) sollen nach dem Willen der GRÜNEN verboten werden. Wir treten für die Abschaffung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse und die versicherungsrechtliche Absicherung aller Arbeitsverhältnisse ein.
- Das unsoziale, frauen- und arbeitnehmerInnenfeindliche "Beschäftigungsförderungs"-Gesetz ist abzuschaffen. Nacht- und Schichtarbeit sind vor allem im Produktionsbereich drastisch einzuschränken.

- DIE GRÜNEN wollen zum einen die Formen der gesellschaftlichen Kinderbetreuung auszubauen. Krabbelstuben, Kindergärten, Tagesstätte und Horte mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten müssen endlich in dem Maß gebaut und ausgestattet werden, in dem nachgefragt wird. Dafür müssen auch Bundesmittel bereitgestellt werden. Im novellierten Jugendhilferecht soll im Interesse der Kinder ein Rechtsanspruch auf kollektive Kinderbetreuung unabhängig von der Berufstätigkeit der Erziehenden geschaffen werden. Väter und Mütter sollen über die pädagogischen Konzepte mitbestimmen können.

- Zum anderen ist es Ziel GRÜNER Politik, die lebenslange Verfügbarkeit von Männern für den Beruf aufzubrechen. Deshalb wollen DIE GRÜNEN einen dreijährigen Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und Lohnausgleich schaffen, der zwischen den Erziehenden zu teilen ist. Alleinerziehende sollen Anspruch auf die volle Länge des Erziehungsurlaubs für sich wahrnehmen können.

- Um ihre Dreifachbelastung abzumildern, arbeiten heute viele Frauen mit Kindern auf Teilzeitarbeitsplätzen, obwohl dies mit zahlreichen Nachteilen verbunden ist. DIE GRÜNEN wollen, daß Teilzeitbeschäftigte denselben Anspruch auf alle Umschulungs-, Förderungs- und Ausbildungsmaßnahmen erhalten wie Vollzeitbeschäftigte. Einen Ausbau der Teilzeitarbeit, wie er etwa von der Bundesregierung als "frauenfreundliche" Beschäftigungspolitik verkauft wird, lehnen wir ab. Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse müssen verboten werden.

Solidarische Gesundheitspolitik

Die Erkenntnis "Armut macht krank" gilt in zunehmender Schärfe. Für grüne Gesundheitspolitik hat die sozial ungleiche Verteilung von Gesundheit entscheidende Bedeutung. Umweltgifte im Wohn-, Freizeit- und Arbeitsbereich gefährden die Gesundheit. Soziale Benachteiligung geht auch hier häufig mit verstärkter Belastung einher.

Die vorherrschende Gesundheitspolitik leugnet diesen Zusammenhang und stellt Krankheit als individuell verschuldetes Schicksal dar. Statt Gesundheit zu bewahren, behandelt sie Krankheit. Diese steigert die Profite der Pharmaindustrie und der Ärzte.

Besonders krass wird dies im Bereich der Gentechnologie. Uns wird suggeriert, daß ohne Gentechnik Krankheiten nicht wirksam bekämpft werden können. Bis heute sind Wissenschaft und Industrie den Beweis schuldig geblieben. Es wird verschleiert, daß die

Anwendung der Gentechnik unkalkulierbare Risiken mit sich bringt, einschließlich der unkontrollierbaren Ausbreitung von Krankheiten.

Grüne Gesundheitspolitik bedeutet, Politik von der sozialen und ökologischen Frage aus zu gestalten. Daraus folgt, daß sich grüne Gesundheitspolitik in Arbeits-, Sozial-, Wohn-, Verkehrs-, Energie-, Abfall- und Landwirtschaftspolitik einmischt.

Die herrschende Gesundheitspolitik zeichnet sich heute durch eine immer stärkere Normierung des Lebens ("Pflicht zur Gesundheit") aus, der wir GRÜNEN ein Recht auf Kranksein entgegensetzen, denn Krankheit ist auch persönliches Schicksal, bei dem die Gesellschaft zur Hilfe verpflichtet ist.

Eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens ist erforderlich. Die bloße Rücknahme der Blüm'schen Gesundheitsreform reicht nicht aus.

- Wir wollen ein Krankenversicherungssystem ohne individuelle Zuzahlungen (sog. Selbstbeteiligung) und mit gleichen Beitragssätzen und Leistungen in allen Kassen. Die Versicherungspflicht ist auf alle Beschäftigten und Selbständigen auszudehnen, die Beitragsbemessungsgrenze muß entfallen. Die Besserverdienenden dürfen sich nicht länger aus ihrer Verantwortung für die Solidargemeinschaft hinausstellen.

- Das Gesundheitswesen ist zu demokratisieren. Regionale und kommunale Gesundheitskonferenzen benennen Gesundheitsprobleme und entscheiden über die Gestaltung der gesundheitlichen Sicherung und Versorgung. Dabei sollen nicht nur die Kostenträger und Leistungsanbieter sondern vor allem Selbsthilfegruppen, BürgerInneninitiativen, VerbraucherInnen- und Umweltverbände das Sagen haben. Das Ergebnis wird eine Gesundheitsplanung sein, die sich an Problemen und nicht an einer vermeintlichen Notwendigkeit zur Kosteneinsparung orientiert. Ziel grüner Gesundheitsplanung ist auch der Aufbau neuer Gesundheitsdienste wie kommunale Gesundheitszentren und Ambulatorien. Eine Gesundheitsberichterstattung, die auf krankmachende Faktoren ausgerichtet ist, unterstützt die Gesundheitskonferenzen.

- Zur Demokratisierung im Gesundheitswesen fordern DIE GRÜNEN auch die Stärkung der PatientInnenrechte und die Einhaltung des Datenschutzes.

- DIE GRÜNEN setzen sich vehement für den Erhalt und die Förderung der Naturheilkunde ein. Dabei geht es uns nicht nur um Therapievelfalt, sondern um die Bildung einer Chancengleichheit der sanften Medizin gegenüber der Schulmedizin.

Statt weiter viel Geld für gentechnische Forschung auszugeben wollen wir, daß Geld für eine andere Medizin bereitgestellt wird, die den Menschen in seiner Ganzheit sieht und nicht nur als Summe seiner Organe oder gar seiner Gene. Darüber hinaus sollte die Krankheitsverursachung durch Umwelt- und Lebensbedingungen einen Forschungsschwerpunkt bilden.

- Die unerträgliche Situation der Pflegebedürftigen muß schnell verbessert werden. Immer mehr Pflegebedürftige werden von den Sozialhilfebehörden abhängig, weil selbst relativ hohe Renten zur Finanzierung einer angemessenen Pflege nicht ausreichen. Zur Lösung dieses Problems fordern die GRÜNEN die sofortige Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes zur Finanzierung der Pflege aus Steuermitteln. Dieses Gesetz soll allen, die wegen Behinderung,

chronischer Krankheit oder Alter der Pflege bedürfen, die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

- Eine Verbesserung der Situation der Kranken und Pflegebedürftigen ist nur zu erreichen durch die sofortige Behebung des Pflegenotstands. Skandalös ist die ständige Unterbesetzung auf den Stationen oder bei der ambulanten Versorgung und die sich daraus ergebende immer wachsende Überstundenzahl, die zu einer gefährlichen Unterversorgung der PatientInnen führt. Der Bund ist gefordert für die Einrichtung zusätzlicher Mittel zu sorgen, damit die Gehälter des Pflegepersonals und der Personalschlüssel deutlich angehoben werden können. Dies führt dazu, daß die PatientInnen wieder als Menschen behandelt werden können und der Pflegeberuf wieder attraktiv und aufgewertet wird.

Recht auf menschenwürdiges Wohnen

Drückender Wohnungsmangel, unerschwingliche Mieten und gleichzeitig ökologische Notwendigkeiten erfordern eine sozial verpflichtete und ökologisch bewußte, planvolle Wohnungspolitik.

Sozialen Wohnungsbau fördern!

Neubau von Wohnungen mit massivem Mitteleinsatz ist notwendig. Das Schwergewicht der Fördermaßnahmen muß auf der Errichtung von Sozialwohnungen liegen. Die Fördermittel müssen umgeschichtet werden von Eigentumsmaßnahmen zum Bau von Mietwohnungen. Erforderlich ist eine Sockelförderung mit öffentlichen Baudarlehen; nur so sind langfristige Miet- und Belegungsbindungen gewährleistet. Sonderprogramme mit kurzfristigen Bindungen sind nicht geeignet, den notwendigen Grundbestand an gebundenem Wohnraum zu schaffen. Künftige Regelungen müssen gewährleisten, daß - insbesondere bei neu zu erschließenden Baugebieten - ein wesentlicher Teil der Flächen dem sozialen Wohnungsbau vorbehalten wird. Nach ihrer baulichen Anlage, Ausstattung und dem Wohnumfeld müssen die Wohnungen neue und wechselnde Wohnformen ermöglichen, wie sie Veränderungen der Haushaltsformen fordern.

Die jährlich erforderlichen Milliardeninvestitionen für den sozialen Mietwohnungsbau müssen finanziert werden durch Maßnahmen, die auch Elemente eines sozialen Ausgleichs einschließen (Erhöhung der Einheitswerte für Vermögens- und Erbschaftssteuer; Bodenwertabschöpfung; Fehlbelegungsabgaben), und durch den Wegfall der Abschreibungsprogramme und der Steuervorteile beim Immobilienkauf aus Altbestand. Träger des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sollen vorzugsweise Genossenschaften und kommunale Gesellschaften sein.

Umweltverträgliche Wohnungspolitik

Trotz der Dringlichkeit des Neubaus dürfen Bauflächen nur dann ausgewiesen werden, wenn durch sorgfältige Untersuchungen sichergestellt ist, daß keine negativen Auswirkungen auf Klima, Boden, Tier- und Pflanzenwelt und auf Verkehrsflüsse eintreten. Neue rechtliche Instrumentarien müssen dafür sorgen, daß ein schonender Umgang mit Flächen umgesetzt werden kann. Dazu gehören ein wirksames Baugebot, eine Sondersteuer für bebaubare, brachliegende Grundstücke und ein umfassendes Vorkaufsrecht für die Gemeinde ebenso wie das Verbot flächenverzehrender Bauweisen (Einfamilienhäuser oder Großwohnungen in Ballungsräumen). Neubau soll vorrangig durch Innenentwicklung der Gemeinden auf Brachflächen, in Baulücken und ungenutzten Gewerbegebieten erfolgen.

Durch Auflagen muß sichergestellt werden, daß die Grundsätze eines klima- und standortgerechten Bauens, der Energieeinsparung und der Verwendung gesundheitlich und ökologisch verträglicher Baustoffe beachtet werden. Mit Sondermitteln ist der experimentelle Wohnungsbau einschließlich neuer Trägerformen zu fördern.

MieterInnen-Interessen sichern!

Bei der Bestandserhaltung fordern wir gesetzliche Maßnahmen, mit denen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen massiv eingeschränkt und in bestimmten Gebieten untersagt werden kann. Umgehungsformen wie Bruchteilsgemeinschaften müssen gesetzlich verhindert werden. Durch Modernisierungsprogramme einerseits und erweiterte Erhaltungssatzungen andererseits müssen bewohnerfreundliche Modernisierungen ermöglicht werden.

Die vorzeitige Entlassung aus der Mietpreis- und Belegungsbindung und die "vereinbarte Förderung" für Mietwohnungen soll nicht mehr möglich sein. Wo Sozialbindungen auslaufen, sind den Trägern Anschlußfinanzierungen mit langfristigen Bindungen anzubieten. Im Mietrecht müssen die 1983 eingeführten Erleichterungen der Mieterhöhung rückgängig gemacht werden; die zulässige Mieterhöhung ist auf einen jährlichen Satz von 5 % zu begrenzen. Das Miethöhengesetz ist in der Weise zu ändern, daß es MieterInnen und Wohnungssuchende vor überhöhten Mietforderungen schützt. Wohnraum darf keine Ware mehr sein. Die derzeit nahezu uferlose Möglichkeit von Eigenbedarfskündigungen ist einzuschränken.

Zweckentfremdungs-Verbot ausweiten!

Wohnungsbau braucht - schon aus ökologischen Gründen - Zeit. Vereinfachungen von Planungs- und Genehmigungsverfahren lehnen wir ab, wenn mit ihnen ein verantwortungsloser Umgang mit Bauflächen- und -gestaltungen begünstigt werden soll. Als Sofortmaßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot sind derartige Lockerungen ebenso ungeeignet wie kurzfristige Förderprogramme. Als unmittelbar wirkende Maßnahmen fordern wir die Ausdehnung des Zweckentfremdungsverbotes bei Wohnraum auf alle Gemeinden und die Inanspruchnahme leerstehender Wohnungen und von nicht mehr benötigten, umzubauenden Kasernen.

Unter Wohnungspolitik verstehen wir nicht nur die Aufgabe der Wohnraumversorgung. Sie muß auch beitragen zur Erhaltung gewachsener sozialer Strukturen und gleichzeitig zu einem ökologisch und sozial orientierten Stadtumbau. Beides braucht eine ökologische, soziale, planvolle - kurz: GRÜNE Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik.

Demokratischer und ökologisch orientierter Städtebau

Der Städtebau muß demokratisiert werden. Die umfassende Mitsprache der BewohnerInnen und BürgerInneninitiativen, die sich für den Erhalt gewachsener Sozial- und Stadtstrukturen engagieren, muß im Stadterneuerungsprozeß gewährleistet sein. DIE GRÜNEN fordern für solche Gruppen eine ausreichende Finanz- und Personalausstattung zur Wahrnehmung ihrer Interessen (z.B. MieterInnenberatung, Rechtsberatung u.ä.m.). Dazu gehört ebenfalls die Weiterentwicklung neuer Modelle der BürgerInnenbeteiligung und der Selbstorganisation. Nichts darf gegen die Interessen der BewohnerInnen ins Werk gesetzt werden.

Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat im Interesse der Lobbyisten der Bauwirtschaft und der Großanlagenbetreiber in der vergangenen Legislaturperiode massive Einschnitte in das Bauplanungsrecht vorgenommen. DIE GRÜNEN fordern eine tiefgreifende Reform des Planungsrechts hin zu mehr Demokratie und Umweltschutz. DIE GRÜNEN fordern verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen als Grundlage für jede Planung und die Bindung von Städtebauförderungsmitteln an den Nachweis ökologischer Kriterien. Zum Stopp des immer noch ansteigenden Flächenverbrauchs ist der Einstieg in eine geordnete Flächenhaushaltspolitik dringend erforderlich. Nur so kann eine Wende im Städtebau eingeleitet werden.

Emanzipation und Selbstbestimmung für Frauen

"Wir wollen das, was wir wollen und nicht das, was wir sollen"
(Eine Frauengruppe aus Eisenach, 1990)

Unsere Gesellschaft hat seit der französischen Revolution mit ihrer zivilen Idee von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" einen unbeabsichtigten Grundstein für den Beginn der Befreiung der Frau gelegt. Wenn auch faktisch nur den Männern Menschenrechte zuerkannt wurden, so konnten Frauen sich doch auf dieses universelle Gleichheitsprinzip berufen - trotz immer wieder neu aufgebauter Hürden. So blieb es auch um die Jahrhundertwende noch bei der deutlichen Wertschätzung der Männer mit ihrer Losung "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit". Frauen durften mitsingen.

GRÜNE Frauenpolitik lebt von der engen Zusammenarbeit mit den Frauen, die außerhalb der Partei und außerhalb von Parlamenten "in Bewegung" sind, und von der Umsetzung feministischer Forschungsergebnisse in konkrete politische Forderungen. Wir sind uns bewußt, daß wir von der Netzwerkarbeit vieler Frauen zehren; Bestandteil unserer Politik ist deshalb, bestehende Frauennetzwerke zu stärken und neue knüpfen zu helfen, die die Grenzen zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit durchlässiger machen.

Bis heute wird den Frauen die Rolle als Ehefrau, Mutter, Tochter, mit den dazugehörigen Benachteiligungen, zugeschrieben. Noch oft genug gilt eine Frau nicht als eigenständige Person, sondern als "Person für andere".

In unserer Gesellschaft findet dessen ungeachtet eine Auflösung der Geschlechterrollen-Identität statt. Die Frauenbewegung hat einen großen kulturellen Umbruch im Nachkriegsdeutschland bewirkt. Immer mehr Frauen wollen aufgrund ihres Wissens und ihrer Ausbildung einen befriedigenden Beruf und ökonomische Unabhängigkeit. Sie sehen aber nicht ein, deswegen auf Liebesbeziehungen, Freundschaften oder auf Kinder verzichten zu wollen. Frauen wollen alles; sie wollen keine 3fach-Belastung, Isolation oder Abhängigkeit. Und sie wehren sich gegen die herkömmliche Unterordnung unter den Vater, Ehemann, Bruder, Vorgesetzten.

In den letzten Jahren haben Frauen eine Vielzahl unterschiedlicher Frauennetzwerke geknüpft, um im Privaten, in der Erwerbsarbeit, in den Medien, Kirchen, Gewerkschaften und auch in den Parteien ihre Interessen durchsetzen können. Doch das veränderte Bewußtsein und die Forderungen der Frauen nach einem Recht, das ihnen selbstverständlich körperliche Integrität, materielle Unabhängigkeit und selbstbestimmte Lebensformen zubilligt, stoßen auf

Widerstände. Die Männergesellschaft will das Monopol über Wissen, Macht und Reichtum behalten und wehrt sich gegen den zu recht befürchteten Verlust an Einfluß und Prestige.

DIE GRÜNEN streben die Überwindung der patriarchalischen Arbeitsteilung nach Geschlecht an. Denn diese legt Frauen und Männer auf gesellschaftliche Rollen fest, die einengen und wenig Raum zu persönlicher Entfaltung lassen. Wir wollen eine nichtkapitalistische und nichtpatriarchalische Gesellschaft, in der die Erwerbsarbeit wie auch die unbezahlte Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt ist.

Frauen als eigenständige Personen stehen im Mittelpunkt unserer Politik, nicht Frauen in ihrer klassischen gesellschaftlichen Rolle als "Teil" der Familie. Deshalb machen wir feministische Politik, keine "frauenfreundliche Familienpolitik". Wir wollen eine radikal für die Interessen von Frauen Partei ergreifende Politik.

Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen. Wir GRÜNEN Frauen treten dafür ein und praktizieren in unserer Partei, daß Frauen alle Bereiche von Gesellschaft und Politik gleichberechtigt mitgestalten.

Ziel GRÜNER Politik ist, daß Frauen in materieller Unabhängigkeit, in frei gewählten Lebensformen und ohne jede Verletzung ihrer körperlichen Integrität leben können. Deshalb haben wir ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz (ADG) entworfen, das ein Bündel von über 50 Vorschlägen für Gesetzesänderungen enthält, die sich auf den gesamten Lebenszusammenhang von Frauen beziehen. Auch wenn wir uns darüber im Klaren sind, daß eine grundlegende Veränderung der patriarchalen Gesellschaft nicht über das Parlament, sondern vor allem durch massiven Druck der Frauenbewegung und den Kampf jeder einzelnen Frau zu erreichen ist, so fordern wir mit dem ADG doch ein Mittel für Frauen, ihre Rechte hier und heute einzuklagen.

Recht auf materielle Unabhängigkeit

DIE GRÜNEN wollen Maßnahmen ergreifen, um die materielle Unabhängigkeit von Frauen zu ermöglichen. Die Realität auf dem Arbeitsmarkt und bei den Einkommen ist heute noch weit davon entfernt. Nach wie vor haben Männer die wirtschaftlich und politisch einflußreichen Posten für sich reserviert. Männerquoten von oft mehr als 90 Prozent sind keine Seltenheit. Damit sich das ändert und Frauen ihr Recht auf eigenständige Existenzsicherung gesellschaftlich einklagen können, fordern DIE GRÜNEN die Quotierung aller Erwerbsarbeits- und Ausbildungsplätze mindestens zu 50 Prozent für Frauen, d.h. ausschließliche Einstellung und Beförderung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, bis mindestens eine 50%-Quote erreicht ist.

Uns kommt es darauf an, gesellschaftliche Voraussetzungen zu gestalten, die allen Frauen überhaupt erst Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsmöglichkeiten bieten. Viele Frauen haben keine Chance, einen Vollerwerbsarbeitsplatz zu bekommen und sind deshalb auf Teilzeitarbeitsplätze angewiesen. Teilzeitarbeit bedeutet gegenwärtig geringe oder keine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung, Festlegung auf die schlechtbezahlten "weiblichen" Tätigkeiten und Fortschreiten der einseitigen Zuständigkeit der Frauen für die häusliche Arbeit. Der Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, der gerade auch im öffentlichen Dienst stattfindet, soll so ganz nebenbei die Bereitschaft der Frauen erhöhen, ihren angestammten Platz außerhalb bzw. am Rande des Erwerbslebens einzunehmen. Denn die Steigerung um

knapp 10% von 1977 bis 1987 geht eindeutig zu Lasten der Vollarbeitsplätze. Aber auch die Vollzeit-Erwerbsarbeit von Frauen ist immer noch meist schlechtbezahlte, physisch und psychisch belastende Arbeit mit einem Einkommen, das keine eigenständige Existenzsicherung erlaubt: Frauenlöhne liegen im Durchschnitt um 30% niedriger als Männerlöhne.

GRÜNE Frauenpolitik stärkt die Interessenswahrnehmung jeder Frau. Doch mehr Rechte nutzen wenig, wenn Frauen sie nicht in Anspruch nehmen können, weil sie nach wie vor für Kindererziehung und Haushalt allein zuständig sind. Deshalb wollen DIE GRÜNEN:

- Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit auf maximal sechs Stunden mit vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen.
- Neben einer radikalen Arbeitszeitverkürzung fordern wir eine optionale Arbeitszeitgestaltung. Sie beinhaltet das Recht auf Arbeitszeitverkürzung bei Rückkehrrecht auf den Vollerwerbsarbeitsplatz und die Aufrechterhaltung der Sozialversicherungsbiographie. Die dabei entstehenden Lohnausfälle sollen nicht privatisiert, sondern über eine gesellschaftliche Umlage ausgeglichen werden. Innerhalb der ersten zwölf Lebensjahre eines Kindes fordern DIE GRÜNEN den Anspruch auf ein dreijähriges Zeitkonto für Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und Einkommensausgleich. Der Anspruch auf die Arbeitszeitverkürzung und den Erziehungsurlaub soll zwischen den Erziehenden geteilt werden, wenn es sich nicht um Alleinerziehende handelt, und den Einkommensausgleich sollen auch diejenigen erhalten, die vorher nicht erwerbstätig waren (Mindesthöhe: Grundsicherung). Männer und Frauen, die sich im Erziehungsurlaub befinden oder mit optionaler Arbeitszeitgestaltung erwerbstätig sind, haben den gleichen Anspruch auf Umschulungs-, Förderungs- und Ausbildungsmaßnahmen wie Vollzeitbeschäftigte. Mit diesen Maßnahmen wollen DIE GRÜNEN die Nachteile, die zur Zeit mit Teilzeitbeschäftigung und Erziehungsurlaub verbunden sind und bisher in erster Linie Frauen betreffen, abbauen und die lebenslange Verfügbarkeit von Männern für den Beruf aufbrechen. Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse lehnen DIE GRÜNEN ab.
- Verbot von Job-Sharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) und Heimarbeit.
- Arbeits- und tarifrechtliche Absicherung. Sozialversicherungspflicht von Teilzeitarbeit ab der ersten Arbeitsstunde.
- Gleichberechtigung von Voll- und Teilzeitbeschäftigten bei allen Ansprüchen auf Umschulungs-, Förderungs- und Ausbildungsmaßnahmen.
- Teilung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Teilzeitarbeit auch für Führungspositionen.
- Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer.
- Von der öffentlichen Hand geförderte und finanzierte Unterstützungsmaßnahmen und Ressourcen, um weibliche Betriebsgründungen zu ermöglichen.
- Männerförderpläne zur Ausgliederung aus Karrierealltag und Vollerwerbsarbeit mit dem Ziel, Männern die gleichberechtigte Teilnahme an Haus- und Betreuungsarbeit zu ermöglichen.

Ca. 400.000 Frauen arbeiten in der Bundesrepublik als Prostituierte, schätzungsweise 1,2 Millionen Männer kaufen täglich ihre Dienstleistungen. Doch Prostituierte haben nicht dieselben Rechte wie andere Berufsgruppen, sondern werden in vielfältiger Weise diskriminiert. Zwar gibt es in der BRD kein gesetzliches Verbot der Prostitution, doch die Vereinbarung über sexuelle Dienste gegen Entgelt ist nach herrschender Rechtsprechung "sittenwidrig" und damit rechtlich unwirksam. Gleichwohl müssen Prostituierte ihr Einkommen versteuern. DIE GRÜNEN wollen:

- daß der Beruf Prostituierte rechtlich anerkannt wird. Dies hätte zur Konsequenz, daß auch Prostituierte das geschuldete Honorar gerichtlich einklagen können und in das gesetzliche Netz der Vorsorge für Krankheit, Alter und Erwerbslosigkeit aufgenommen werden müssen.
- Desweiteren fordern wir die Beseitigung der Gesundheitszwangskontrollen, die Abschaffung von Sperrbezirken sowie die Unterstützung und finanzielle Absicherung von Prostituierten-Selbsthilfegruppen.

Da es nach wie vor Frauen sind, die wegen Kindererziehung und Pflege von Angehörigen ihre Erwerbsarbeit unterbrechen, da sie in der Regel 30% weniger verdienen als Männer und sozialversicherungsrechtlich oft nur unzureichend oder gar nicht abgesichert sind, werden Frauen für ihre Lebensarbeit oft mit Altersarmut "belohnt". Die von den GRÜNEN geforderte Grundsicherung in Höhe von 1.200.- DM ist deshalb vor allem für alte Frauen von Bedeutung. Für geleistete Kindererziehung muß die Grundrente aufgestockt werden. Die von der Bundesregierung verabschiedete Rentenreform muß allein schon wegen ihrer frauenfeindlichen Auswirkungen rückgängig gemacht werden.

Recht auf selbstbestimmte Lebensformen

Viele Frauen haben sich von der Vater-Mutter-Kind-Idylle in der Dreizimmerwohnung verabschiedet. Nur noch 46,5% aller Frauen in der Bundesrepublik sind verheiratet. Der Anteil der in Beziehungen ohne Trauschein lebenden oder alleinlebenden und -erziehenden Frauen nimmt kontinuierlich zu. Dennoch stellt die Bundesregierung Ehe und Kleinfamilie immer noch als das "Normale" und "Gesunde" dar.

- DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Privilegierung der Ehe abzuschaffen, die oft nur Privilegien für den Ehemann bedeutet. Das Ehegattensplitting im Steuerrecht, von dem in erster Linie gut betuchte Männer in "Hausfrauenehen" profitieren, und das die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen steuerlich bestraft, ist zu streichen.

- Ehefrauen dürfen nicht länger als Menschen zweiter Klasse oder Anhängsel ihrer Männer behandelt werden. Eheliche Vergewaltigung muß daher genauso bestraft werden, wie Vergewaltigung überhaupt. DIE GRÜNEN fordern eigenständige soziale Sicherheit für Ehefrauen, d.h. Kranken- und Rentenversicherung müssen auf ihren eigenen Namen lauten. Ausländerinnen müssen ein eigenständiges, von ihren Ehemännern unabhängiges Aufenthaltsrecht und Arbeitsrecht erhalten.

Mindestens 5 % aller Frauen und Mädchen sind lesbisch. Die Lesbenbewegung in der BRD gehörte von Beginn an zur Avantgarde der Frauenbewegung und hat eine Infrastruktur geschaffen, die die der Weimarer Zeit übertrifft: Es gibt eine Lesbenkultur, es wird Lesbenpolitik gemacht und der Westberliner Senat hat eine Lesbenreferentin eingestellt. Die meisten lesbischen Frauen sehen sich jedoch noch immer veranlaßt, ihre Identität zu verleugnen, denn auch Diskriminierung von Lesben findet überall statt: Im Elternhaus, in der öffentlichen Erziehung, im Berufsleben, bei der Wohnungssuche und bei der Erteilung des Sorgerechts für Kinder.

- DIE GRÜNEN wollen die gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen und eine Gesellschaft, in der lesbisches Leben selbstverständlich offen und frei von Diskriminierung stattfinden kann.

- DIE GRÜNEN wollen im Interesse von Frauen die Stadt- und Verkehrsplanung anders gestalten. Arbeitsstellen, Kindertagesstätten, Wohnungen, Cafés, kulturelle Einrichtungen, Parks, Grünflächen und Geschäfte müssen wieder auf kurzen Wegen erreichbar sein.

Recht auf körperliche Integrität

Ersatzlose Streichung des § 218

Obwohl Frauen nicht mehr in dem Maße von Männern abhängig sind, wie noch vor 20 oder 30 Jahren, hat die patriarchale Gesellschaft ihren Anspruch auf Verfügung über die Körper von Frauen keineswegs aufgegeben. Immer noch werden Frauen in der Frage entmündigt, ob sie sich für oder gegen die Fortsetzung einer Schwangerschaft entscheiden. Der § 218 kriminalisiert Frauen, die eine unerwünschte Schwangerschaft abbrechen wollen und schreibt ihnen einen demütigenden entwürdigenden Hürdenlauf vor.

- DIE GRÜNEN wollen, daß Frauen ohne Druck des Strafrechts die freie Entscheidung für oder gegen die Austragung einer Schwangerschaft treffen können. Wie sehr die geltende Indikationsregelung die Würde von Frauen verletzt, haben die Memminger Prozesse beispielhaft gezeigt. DIE GRÜNEN fordern deshalb die ersatzlose Streichung des § 218 - eine Forderung, für die die Frauenbewegung seit Jahrzehnten kämpft.

Die Forderung verbindet uns heute mit viele Menschen in der BRD, die sich seit Jahren in großer Verantwortung für Erhaltung und Schutz menschlichen Lebens einsetzen, mit Menschen der Friedens- und der sog. "Dritte-Welt"-Bewegung, mit Menschen und Frauen - vor allem auch Müttern - in den Anti-AKW- und Ökologie-Gruppen; sogar zahlreiche ChristInnen kommen nach differenzierten Informationen, Erfahrungen und Diskussionen zu der Aussage: "Nicht obwohl, sondern weil wir ChristInnen sind, wünschen wir die Streichung des § 218". Diesen Menschen ist immer klarer geworden, daß der § 218 Schwangerschaftsabbrüche nicht verhindert, in Wahrheit Leben nicht "schützt", die verordnete "Beratung" zu keiner freien Entscheidung führt, sondern nur ein Klima der Wut, Angst und Diskriminierung für betroffene Frauen und Familien schafft; wir brauchen jedoch den gemeinsamen Einsatz für nicht verbale sondern reale gesellschaftliche, besonders soziale Veränderungen, die ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben mit Kindern für alle ermöglichen.

Wir können nicht umhin, uns der Tatsache zu stellen, daß mit jeder Abtreibung werdendes Leben beendet wird. Aber dieses Leben bedarf zu seiner Entstehung eines anderen Lebens, nämlich des Lebens der Frau. Es bedarf einer lebendigen und lebenswerten Umwelt. Hinter jeder Abtreibung steht der Konflikt zwischen dem Leben der Frau und dem in ihr wachsenden Leben. Dieser Konflikt darf nicht unter dem Druck des Strafrechts gelöst werden.

Deshalb fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218. Wir erkennen an, daß ungeborenes Leben schützenswert ist. Aber dieser Schutz wird nicht durch das Strafrecht, sondern nur durch Mitverantwortung der Männer, Aufklärung über Verhütung, eine kinderfreundliche Umwelt und die soziale Absicherung von Personen, die Kinder bekommen und betreuen, gewährleistet.

Sichere und unschädliche Verhütungsmittel für Männer und Frauen müssen auf Krankenschein erhältlich sein. Schonende Abbruchmethoden wie die Absaugmethode müssen in der Ausbildung von FachärztInnen gelehrt und ambulante Abbruchmöglichkeiten in allen Städten geschaffen werden. Die Kosten des Abbruchs sind von den Krankenkassen zu übernehmen.

Wir GRÜNEN wollen eine Gesellschaft, in der jede Frau sich frei für ein Kind entscheiden kann, in der es unschädliche, die Lust erhaltende Verhütungsmittel gibt und in der Sexualität nicht länger tabuisiert wird.

Gegen die Enteignung unserer Körper

Auch die neuen Reproduktionstechnologien sind ein Versuch, die Gebärfähigkeit von Frauen zu kontrollieren. Hier geht es nicht um das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, sondern um das Forschungsinteresse von Wissenschaftlern, um Karriere und um Geld. DIE GRÜNEN lehnen die neuen Fortpflanzungstechniken grundsätzlich ab, vor allem auch die gentechnische Manipulation an menschlichem Erbgut und Experimente an Embryonen. Sie sind Teil einer weltweiten Bevölkerungspolitik der Industriestaaten. Die zwangsweise Eindämmung und Zerstörung der Gebärfähigkeit von Frauen in der "Dritten Welt" durch Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen sind die Kehrseite der Medaille.

- Wir wollen, daß Frauen hier wie in der "Dritten Welt" unabhängig von Regierungen, aber auch von "ihren" Männern entscheiden können, ob und wieviele Kinder sie wollen. Wir fordern die Erforschung und Bekämpfung der Ursachen von Unfruchtbarkeit, z.B. als Folge der Einnahme von Medikamenten oder von Giften am Arbeitsplatz.

Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Unsere Anstrengungen für das Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft gelten besonders der Beziehung zwischen den Geschlechtern. Wir Frauen wollen uns überall und jederzeit ohne Bedrohung durch Männergewalt bewegen können.

Männer vergewaltigen Tag für Tag Frauen oder Mädchen, nötigen und belästigen sie sexuell. Offiziellen Angaben zufolge vergewaltigen Männer in der BRD jährlich 200.000 Frauen; gegen 300.000 Kinder (zu über 90% sind es Mädchen) jeden Alters üben sie sexuelle Gewalt aus. Die damit verbundenen psychischen und physischen Grausamkeiten gehören zum "normalen" Alltag von Frauen in unserer Gesellschaft, obwohl das Grundgesetz ausdrücklich im Artikel 2 die körperliche seelische und geistige Unversehrtheit fest schreibt.

Sowenig wie Vergewaltigung ein Ausnahmeverbrechen einiger kranker Triebtäter ist, sondern zum Verhaltensrepertoire ganz normaler (Ehe-)Männer gehört, wird auch den Mädchen sexuelle Gewalt nicht vom "schwarzen Mann" oder "fremden Onkel" auf Spielplätzen angetan, sondern hauptsächlich vom leiblichen Onkel, vom Vater, Bruder, Großvater, vom netten Nachbarn. Schauplatz der Gewalttaten ist zumeist der engere soziale Bezugsrahmen der Betroffenen - der "Schutzraum" Familie und deren Umfeld.

Dank der herrschenden Strukturen pervertiert dieser "Schutzraum Familie" zum Gegenteil: geschützt werden nicht die Rechte der Frauen und Mädchen, geschützt werden die Täter vor Verfolgung, geschützt werden sie davor, sich für ihr verbrecherisches Tun verantworten zu müssen. Vergewaltigung in der Ehe ist bis heute nicht strafbar. Sexuelle Gewalt gegen Mädchen bleibt durch das gesellschaftliche Tabu der unantastbaren "Privatsphäre" der Öffentlichkeit weitgehend verborgen.

DIE GRÜNEN fordern:

- Die Änderung bzw. Neufassung der §§ 177-179 StGB in folgender Weise:

Vergewaltigung ist jede Form erzwungener sexueller Handlungen. Den "minderschweren Fall" gibt es nicht. Das Wort "außerehelich" muß gestrichen werden, damit endlich auch Ehefrauen sich gegen die Vergewaltigung durch ihren Ehemann schützen können. In Prozessen, die Vergewaltigung und Mißhandlung zum Gegenstand haben, sind Fragen nach dem sexuellen Vorleben der Verletzten unzulässig. Die Vergewaltigte soll über die Anzeige der Vergewaltigung kostenloses Nebenklagerecht haben. Auf Antrag der Mißhandelten muß ihr die mit dem Täter gemeinsam genutzte Wohnung per einstweiliger Verfügung zugewiesen werden. Der Täter darf sich nicht mehr in einem festgelegten Umkreis der Wohnung aufhalten. Einem Vater, der seinem oder einem anderen Kind sexuelle Gewalt angetan hat, wird sofort das Personensorgerecht entzogen; zudem wird verfügt, daß er die gemeinsame Wohnung zu verlassen hat.

Wir GRÜNEN wollen:

- Kampagnen gegen Männergewalt,
- die Finanzierung flächendeckender Notrufgruppen und autonomer Frauen- und Mädchenhäuser und -wohnungen,
- Nacht-Taxis für Frauen und Mädchen,
- Selbstverteidigungskurse für Mädchen im Rahmen des Sportunterrichts,
- kostenlose Kurse zur Selbstverteidigung für Frauen und Mädchen.

Um eine Infrastruktur für Mädchen zu schaffen, die von sexueller Gewalt betroffen sind, verlangen wir:

- Erstellung einer Täter-Opfer-Studie,
- Fortbildungsprogramme für PädagogInnen/ÄrztInnen/SozialarbeiterInnen im Früherkennungs- und Präventionsbereich,
- Aufnahme des Tatbestands sexueller Gewalt in die Lehrpläne aller Schulen,
- Einrichtung von Beratungsstellen und Unterstützung von Selbsthilfegruppen,
- Einrichtung von Sonderdezentern bei gleichzeitiger gezielter Ausbildung der zuständigen MitarbeiterInnen in Behörden.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Politikum, dem sich Männer endlich zu stellen haben. Auf die Initiative zur Einrichtung von Männerzentren, in denen sich Männer mit der von ihnen ausgehenden Gewalt auseinandersetzen können, warten wir bisher vergeblich.

PorNO

Pornographie bestätigt ein männliches Bild von weiblicher Sexualität, das allen gängigen Vorurteilen und den geheimen und offenen Wünschen von Männern entspricht. Pornographie lenkt sexuelle Praktiken in eine bestimmte Richtung. Es werden sexuelle Muster vorgegeben, die konträr sind zu einem Ziel der autonomen Frauenbewegung, nämlich dem Ausleben einer eigenständigen weiblichen Sexualität. Pornographie ist ein Ausdruck von Männerwünschen, von Männerphantasien. Die Frau ist Objekt, mit der MANN tun kann, was er will. Sind Frauen auch einmal aktiv, dann so, wie Männer es sich wünschen. Dann handeln Frauen, um MÄNNERWÜNSCHE zu befriedigen.

Trotz des Verbotes der Herstellung und Verbreitung von Pornographie, die "Gewalttätigkeiten, den sexuellen Mißbrauch von Kindern oder sexuelle Handlungen von Menschen und Tieren zum Gegenstand haben" (§184, 3 StGB), blüht das Geschäft mit

pornographischen Magazinen und Filmen, in denen brutalste Formen der Folterung von Frauen gezeigt werden.

- Wegen der bekannten Wirkungslosigkeit des bestehenden Verbotes wollen wir ein geeignetes Instrument der Gegenwehr. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die über den Weg der Zivilklage einzelner Frauen und Frauengruppen die Möglichkeit eröffnen wollen, gegen solche Art von frauenfeindlicher, zerstörerischer Propaganda vorzugehen.

Aber genauso wichtig wie diese Klagemöglichkeit ist uns die öffentlich geführte Debatte über Pornographie und Sexualität. Wir leugnen nicht das Vorhandensein von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten. Doch unser Ziel ist eine befreite, lustvolle, emanzipierte Sexualität, die Frauen nicht zum Spielball sexuell geformter Männergewalt macht.

Sextourismus und Frauenhandel

Prostitutionstourismus und Frauenhandel sind ein bedeutsamer Wirtschaftszweig und eine ergiebige Quelle nationaler und internationaler Profite. Und es sind in der Regel Männer, die organisieren und verdienen: als Anwerber, als Zuhälter, als Ehemann, als Werbeberater, als Barbesitzer, als Rechtsberater oder Hausbesitzer, als Bankkaufmann oder als Lufthansa-Manager. Ihre Kunde sind Männer aus allen Lebens- und Berufsbereichen. Jeder Mann kann es sein. Und auch der Staat profitiert über Steuereinnahmen an diesem Geschäft. Die Männerbündelei funktioniert! Um es ganz deutlich zu sagen: Es geht hierbei um die sexuelle Ausbeutung von Frauen durch Männer, um die Vermarktung von Frauen durch Männer und um ihre Zwangsprostitution durch Männer.

Wir GRÜNEN wollen:

- Die Erweiterung des §181 StGB (Menschenhandel),
- ein Verbot von offener oder versteckter Werbung für Sextourismus und Frauenhandel,
- eine breitangelegte Kampagne gegen Sextourismus und Frauenhandel,
- die Streichung des Ausweisungsgrundes "Erwerbsunzucht",
- die Finanzierung von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen,
- die Nutzung von Entwicklungsprojekten in den sogenannten Dritte-Welt-Ländern für Frauenprojekte zur Existenzsicherung von Frauen.

Ökologischer Umbau mit radikaler Demokratie

Menschenrechte, Selbstbestimmung, verfassungsmäßig verbürgte Grundrechte sowie freie und öffentliche Meinungsäußerung und Disput haben sich die Menschen in West und jetzt auch in Ost erkämpft. Sie lassen sich diese elementaren Rechte nicht mehr nehmen, dies zeigen die demokratischen Bewegungen in Osteuropa. Mehr demokratische Rechte, Freiheiten und die aktive Einmischung der Menschen in die politischen und rechtlichen Regelungen ihrer eigenen Angelegenheiten sind Folgen der außerparlamentarischen Bewegungen im Westen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte und der Technologien hat dazu beigetragen. Diese führen aber auch zum Abbau von elementaren demokratischen Rechten und Freiheiten. Sie degradieren nicht nur den Menschen zum Objekt; wegen der mit ihnen verbundenen Gefahren und Risiken werden die Menschen zum Sicherheitsrisiko erklärt. Wir wenden uns gegen eine Sicherheitstechnologie, die vorgibt, den Menschen mehr Schutz zu gewähren, ihnen aber in Wahrheit schleichend Freiheiten entzieht und sie ökologischen und sozialen Bedrohungen

schutzlos aussetzt. Gegen den andauernden Abbau von Freiheitsrechten wie Demonstrations-, Meinungsfreiheits- und anderen Grundrechten durch staatliche oder wirtschaftliche Übermacht wehren wir uns gewaltfrei und durch zivilen Ungehorsam. Demokratie verstehen wir als Methode des ständig neu Erstreitens von Freiheiten auf dem Weg der Einmischung, des Protest, des zivilen Ungehorsams und der gesellschaftlichen Kontrolle gegenüber den Machtapparaten.

Wir wollen eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Das Recht, selbst über die eigenen Lebensbedingungen zu entscheiden und diese Prozesse möglichst vor Ort und mit den Betroffenen zu organisieren, ist die notwendige Voraussetzung für den Umbau unserer Gesellschaft in Politik, Wirtschaft und Alltag.

Grundrechte

Statt einer Analyse der Ursachen sozialer Probleme greift in den letzten Jahren zunehmend ein Ordnungsdenken um sich, das durch Überwachung und Verfolgung diejenigen abschrecken, unterdrücken und isolieren will, die sich nicht konform verhalten.

Die aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklung erfordert eine Verfassungsdiskussion, die auf die Erweiterung demokratischer Rechte, Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen, Gleichstellung und Stärkung sozialer und emanzipatorischer Grundrechte zielt.

Die Methode der Ausgrenzung und Diffamierung politischer Opposition hat in Deutschland Tradition. Verfassungsschutz und Geheimdienste haben der Demokratie seit Existenz der Bundesrepublik geschadet. Mißbrauch der Spitzelapparate bishin zu strafbarem Handeln setzen sich mit zahlreichen Affären seit der Einrichtung der Ämter bis heute fort. Eine liberale Demokratie braucht keinen Staatsschutz, sondern den offenen Streit der BürgerInnen über den richtigen politischen Weg. Geheimdienste und Verfassungsschutz müssen ohne Wenn und Aber aufgelöst werden. Die Berufsverbote sind abzuschaffen.

Als Einstieg in eine auf Abbau von Strafrecht und Freiheitsentzug gerichtete Kriminalpolitik und Strafrechtsreform fordern wir die Entkriminalisierung von gewaltlosen Bagatelldelikten und des Drogenkonsums sowie die Absenkung des generellen Strafrahmens, nebst der Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe. Das politische Strafrecht und insbesondere die Zensur und Verdachtstatbestände (z.B. §§ 129, 129a, 130a StGB) sind zu streichen.

- Die zunehmenden Einschränkungen der Verteidigungsrechte im Strafprozeßrecht müssen rückgängig gemacht, die sog. Sicherheitsgesetze aufgehoben werden. Wir fordern die Abschaffung der Hochsicherheitszellen und anderer isolierender Haftbedingungen, wir wollen die Rechte der Gefangenen stärken und eine gesellschaftliche Öffnung des Strafvollzugs herbeiführen.

Die Befugnisse der Polizei sind in den letzten Jahrzehnten stark ausgedehnt und in den Bereich der präventiven Beobachtung verlegt worden. Wir setzen uns für einen Umbau der Polizei ein, der ihre Aufgabe auf das zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung notwendige zurückführt, dezentrale und demokratische Strukturen schafft und die vorbeugende Überwachung beendet. Die Polizei muß durch die BürgerInnen kontrolliert werden.

- Die Datensammlung und -speicherung in Staat und Wirtschaft hat inzwischen zu einer informationellen Durchdringung der BürgerInnen in allen Bereichen geführt. Wir fordern eine

umfassende neue Datenschutzkonzeption mit wirksamen Mitbestimmungs- und Kontrollmechanismen. Das geplante Bundesamt "Sicherheit in der Informationstechnik", das sich aus den BND konstituieren soll, ist nicht einzurichten.

Demokratisierung von Staat und Wirtschaft

Staatliches Handeln vollzieht sich in Deutschland grundsätzlich im Geheimen, die öffentliche Verwaltung ist in Wirklichkeit nicht öffentlich. Wir wollen einen gläsernen Staat und keinen gläsernen Menschen. Deshalb fordern wir ein allgemeines Akteineinsichtsrecht.

Politische Entscheidungen über wichtige Fragen sind oft gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt worden ("Nach"rüstung, Atomanlagen und andere Großprojekte). Die Meinung der betroffenen Menschen ist nicht gefragt. Über den Widerstand ganzer Regionen wird hinweg gegangen. Statt Demonstrationen mit Gewalt aufzulösen, muß die Polizei die Demonstrationsfreiheit sichern. Die Parlamente, die sich durch die undemokratische 5%-Klausel gegen BürgerInnenprotest abschotten wollen, können eine lebendige Demokratie von unten nicht ersetzen. Entscheidungen werden fernab von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gefällt.

- Wir wollen dagegen die direkten Einflußmöglichkeiten der BürgerInnen stärken, die politischen Diskussionen öffnen und den Betroffenen das Recht geben, durch Bürgerbegehren und Volksentscheid regionale und bundesweite Entscheidungen selbst zu treffen.

- Demokratisierung umfaßt auch die Abschaffung der Notstandsgesetze.

Die technisch-ökonomische Entwicklung erfordert daher neue Formen der innerbetrieblichen und gesellschaftlichen Einflußnahme auf ökonomische und technische Entscheidungen.

- Wir setzen uns für Wirtschafts- und Sozialräte ein, in denen Beschäftigte, VerbraucherInnen und RegionalvertreterInnen diese Entscheidungen kontrollieren und sie ökologischen Bedingungen und sozialen Verpflichtungen unterwerfen. Wir wollen demokratische Entscheidungsprozesse über das Was und Wie der Produktion anstelle des sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungsmodells. Die Ausweitung der Rechte von BetriebsrätInnen und Belegschaften gehört ebenfalls zur Demokratisierung der Wirtschaft. Im Betriebsverfassungsgesetz muß abgesichert werden, daß die Beschäftigten umwelt- und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen sowie die Einführung neuer, gefährlicher Technologien verhindern können. Alternative Betriebe sollen als Modelle selbstverwaltenden Arbeitens gefördert werden. Um die Marktbeherrschung durch einige wenige Konzerne zu verhindern, muß das Kartellrecht - auch auf europäischer Ebene - verschärft werden. Darüberhinaus halten DIE GRÜNEN eine Entflechtung der Großkonzerne für notwendig. Das Depotstimmrecht der Banken und Aufsichtsratsmandate für Vertreter von Banken sind aufzuheben. Beteiligungen von Banken an Wirtschaftsunternehmen sind auf Null zurückzuführen.

Multikulturelle Demokratie

Der Weg zu einer ökologisch und sozial ausgerichteten Wirtschaft und Gesellschaft, zu neuen Formen politischer und wirtschaftlicher Demokratie kann nur mit allen Betroffenen gemeinsam gegangen werden. Alle hier lebenden Menschen müssen sich an politischen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligen können, egal welche Staatsbürgerschaft sie haben. Obwohl wir längst ein Einwanderungsland sind, werden Menschen, deren Familien zum Teil schon mehrere Generationen hier leben, von der politischen Willensbildung (z.B. Wahlrecht für alle Parlamente) ausgeschlossen, als BürgerInnen zweiter Klasse behandelt und je nach

Konjunkturlage von Abschiebung und von Sondergesetzen (mit eigener "Ausländer"polizei) bedroht. Im Hintergrund der offiziellen Politik gegenüber den AusländerInnen greifen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der BRD immer weiter um sich. Nicht nur rechtsextreme und neofaschistische Gruppierungen verbreiten Fremdenhaß, ein reaktionäres Frauenbild und autoritäres Bewußtsein.

Wir wollen dieser Entwicklung entgegenwirken: durch die argumentative Auseinandersetzung und durch Demonstrationen, durch Vorschläge zur Veränderung der alltäglichen Lebenssituation der Menschen und durch Überzeugungsarbeit für das grüne Ziel einer ökologischen, sozialen und solidarischen Gesellschaft. Wir streben offene Grenzen an: JedeR soll dort leben und arbeiten können, wo er bzw. sie möchte.

Für uns ist demokratische Kultur ohne die Selbstverpflichtung zur Auseinandersetzung mit dem Vergangenen nur schwer vorstellbar. Das Verdrängen - ein deutsches Trauma? Die Unverfrorenheit der Wendehälse auf allen Seiten, ihre Unfähigkeit zu Selbstkritik bestreiten den überlebenden Verfolgten die Menschenwürde - sie verurteilt sie zum zweitenmal.

Für uns GRÜNE ist die praktische und alltägliche Auseinandersetzung mit dem Deutschen Faschismus nicht abgeschlossen. Weil wir der Demokratie verpflichtet sind, sind wir nicht bereit, das, was geschah, hinzunehmen oder in Vergessen verschwinden zu lassen.

Im Umgang mit den "Republikanern" und ähnlichen Rechtsextremisten, vertrauen wir GRÜNEN zu allererst den Mitteln der Demokratie; d.h. der politischen Kritik und der offensiven politischen Auseinandersetzung, nicht aber dem Strafrecht oder administrativen Repressionen. Wir halten es für eine Illusion, zu glauben, man könne die politischen Gefahren, die von den Schönhubers und ihren Gruppierungen ausgehen, mit Verboten aus der Welt schaffen. Verbote und Strafverfolgungsmaßnahmen halten wir allerdings dort für richtig und notwendig, wo neofaschistische oder rechtsextremistische Gruppierungen Gewalt zum Mittel der Politik machen.

- DIE GRÜNEN sind für die multikulturelle Gesellschaft, in der kulturelle Vielfalt akzeptiert wird und sich entwickeln kann. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen beinhaltet Auseinandersetzung und Reibung ebenso wie die Chance voneinander zu lernen. Voraussetzung dafür ist, daß in der Bundesrepublik alle EinwanderInnen und Flüchtlinge kulturell selbstbestimmt gleichberechtigt mit uns leben. Dafür ist ein gesichertes Aufenthaltsrecht zwingende Voraussetzung. Grundrechte müssen für alle gelten und dürfen nicht durch einen deutsch-nationalen Volksbegriff außer Kraft gesetzt werden. JedeR soll die Möglichkeit haben, den BRD-Paß zu erhalten, ohne ihre/seine bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen. Das diskriminierende Ausländerzentralregister und die Landfahrerkartei sind aufzulösen.

- GRÜNE Einwanderungspolitik bedeutet, nicht nach ethnischen Gesichtspunkten zu unterscheiden und Menschen weder zu begünstigen noch zu benachteiligen. Aus unserer geschichtlichen Erfahrung wissen wir, wie wichtig der Schutz vor Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ist. Jeder Mensch, der deshalb in die Bundesrepublik flieht, muß Asyl erhalten - auch bei Völkermord, Bürgerkrieg, Zwang zum Kriegsdienst, Verfolgung ethnischer und religiöser Gruppen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und sexueller Orientierung, Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen. Das grundrechtswidrige Asylverfahrensgesetz, das Arbeitsverbot und alle anderen rechtlichen

Diskriminierungen sind aufzuheben. Auch wer aus anderen Gründen zu uns kommt (z.B. aus ökonomischer Not oder wegen ökologischen Katastrophen), soll ein Bleiberecht erhalten.

Die gesellschaftliche Emanzipation Schwuler bildet einen Teil der grünen Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung ist dafür eine wesentliche Rahmenbedingung. Schwule werden in der Bundesrepublik Deutschland immer noch diskriminiert, doch immer selbstbewußter fordern sich auch in ihrem Lebensalltag offen ihre Rechte ein.

- DIE GRÜNEN wollen mit ihrem im Bundestag eingebrachten "Programm Emanzipation und Gleichberechtigung" Rahmenbedingungen einer schwulenfreundlichen Gleichstellungspolitik durchsetzen: Mit der längst überfälligen Streichung des §175 StGB und einem Antidiskriminierungsgesetz, das die gegenwärtigen rechtlichen Benachteiligungen z.B. bei der Asylpraxis, im Strafvollzug, im Vereinsrecht beseitigt und in der Arbeitswelt und im Mietrecht bekämpft, soll für Schwule gleiches Recht geschaffen werden. Schwule Partnerschaften müssen die gleichen Möglichkeiten zur rechtlichen Ausgestaltung ihrer Lebensform erhalten wie heterosexuelle Paare. Ein bei der Bundesregierung einzurichtendes Schwulenreferat soll die Umsetzung dieser Forderungen institutionell absichern.

Für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft

Seit Jahrhunderten werden die Menschen in der "Dritten Welt" ausgebeutet. Sie werden gezwungen, ihre Wälder abzuholzen, Monokulturen anzulegen, Pestizide einzusetzen. Sie sollen uns mit Rohstoffen, tropischen Früchten, Genußmitteln und Fleisch versorgen. Auf den Weltmärkten wird hierfür schlecht gezahlt; die schmalen Erlöse sollen sie zudem verwenden, um ihre Schulden bei den großen Geschäftsbanken zurückzuzahlen. Multinationale Konzerne vergolden ihre Bilanzen durch aggressive Marktstrategien. Der Verelendung, die so in der "Dritten Welt" einzog, wurde mit Almosen begegnet, mit im Sinne des Nordens interessengeleiteter, abhängig machender "Entwicklungs"-Hilfe.

Doch jetzt schlägt die Natur zurück. Der nachholenden Industrialisierung folgt die nachholende Umweltzerstörung. Der Kahlschlag der tropischen Wälder, Wüstenbildung, der gesteigerte Verbrauch fossiler Brennstoffe - ergänzend zu den Emissionen im Norden, drohen sie das Klima der Erde dramatisch zu verändern. Hemmungslose Wachstumspolitik, die aggressiven Strategien der Industriestaaten, die Länder der "Dritten Welt" zwangsweise in den kapitalistischen Weltmarkt hineinzuzerren, Verwertungszwänge, Profitgier und Konsumwut treffen jetzt auch die, denen das soziale Elend der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika gleichgültig war: alle brauchen dieselbe Luft zum Atmen, brauchen Ozonschutz gegen Strahlung.

Wir GRÜNEN meinen: Es ist Zeit, dem Vernichtungsfeldzug gegen die Erde Einhalt zu gebieten: Es ist Zeit, den notwendigen ökologischen und sozialen Umbau unseres Industriesystems durch eine Ökologisierung der Weltwirtschaft zu ergänzen. Es ist Zeit, durch eine solidarische Gestaltung der internationalen Beziehungen den Menschen in den armen Ländern die Chance zur Sicherung ihrer Grundbedürfnisse und ihrer natürlichen Lebensräume zurückzugeben. Wir wissen: die Lösung der ökologischen und sozialen Probleme ist gerade in der "Dritten Welt" untrennbar miteinander verknüpft.

Die Kraft der Veränderung muß aus den gesellschaftlichen Bewegungen in Süd und Nord erwachsen. Wir werden sie unterstützen. Gemeinsam mit ihnen stellen wir grundsätzliche Forderungen an die offizielle Politik der Bundesrepublik:

- Sie muß sich die aktive Durchsetzung der von den Vereinten Nationen erklärten politischen und sozialen Menschenrechte, einschließlich des Rechtes auf Entwicklung, zum Ziel setzen.
- Sie muß darauf drängen, daß die Völkergemeinschaft eine für alle Staaten verbindliche Umweltkonvention verabschiedet, deren Standards bei einem internationalen Gerichtshof für Umweltfragen einklagbar sind.
- Sie muß mit Initiativen vorangehen, um eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft an die Stelle des kapitalistischen Weltmarktes zu setzen und das pauschale Wachstum durch gezieltes Wachsen und Schrumpfen abzulösen.

Eines ist sicher: wenn Armut und Hunger in den Staaten des Südens eingedämmt werden und diese ihren Anteil an der ökologischen Globalverantwortung übernehmen sollen, muß der Irrsinn beendet werden, daß sie uns unter dem Strich mehr an Waren und Kapital liefern, als sie von uns bekommen. Die Lasten für ein gesundes Weltklima und für die Armutsbekämpfung müssen nach dem Verursacherprinzip die tragen, die von der Ausbeutung am meisten profitieren: die reichen Industriestaaten des Nordens. Es ist eine Frage der Moral und ein Gebot der Vernunft - nur sie haben das Geld, welches das Überleben aller finanzieren kann:

- Die Auslandsschulden der "Dritten Welt" müssen global und umfassend erlassen werden. Es muß schnell eine internationale Entschuldungskonferenz einberufen werden, die die Modalitäten regelt. Sie muß Regelungen wie eine internationale Kreditaufsicht und ein Konkursrecht treffen, um aggressiver Kreditpolitik durch die Privatbanken und hemmungsloser Verschwendung zu Lasten der armen Bevölkerungsgruppen einen Riegel vorzuschieben. Sie muß Wege finden, die Gelder, die korrupte Eliten in den Schuldnerländern privat auf die Seite geschafft haben, einzuziehen und dem beraubten Volk zurückzugeben.
- Neben anderen Transferleistungen sollen die reichen Staaten zudem jährlich 1 % ihres Bruttosozialproduktes in einen "internationalen Klimafonds" einzahlen. Er soll dringliche Umweltmaßnahmen in der "Dritten Welt" finanzieren: die Zahlung eines Lastenausgleichs für die Länder, die aus ökologischen Gründen auf die kommerzielle Nutzung ihrer Primärwälder verzichten, die Herstellung FCKW-freier Produkte, die Förderung nichtatomarer, CO₂-armer Alternativen im Energie- und Verkehrsbereich.
- Staatliche Entwicklungsgelder dürfen nicht mehr zur Förderung eigener Exportinteressen mißbraucht werden. Sie sollen nur noch als Zuschüsse mit ökologisch-sozialer Zweckbindung vergeben werden.

Die Chance zur Sicherung des Überlebens kann überhaupt nur durch Schuldenerlaß und zweckgebundene neue Mittel für die "Dritte Welt" eröffnet werden. Darüberhinaus muß eine grundlegende Wende im Welthandel hin zu solidarischem Austausch ein geleitet werden. Größte Auswüchse in der heutigen Struktur sind sofort zu beseitigen:

- Wir unterstützen die Forderung nach erheblich verbesserter Mittelausstattung für integrierte Rohstoff- und Handelsabkommen, die den Ländern der "Dritten Welt" bessere Erlöse für ihre Waren garantieren; damit sollen diese ihre Monostrukturen durch eine umweltverträgliche und grundbedürfnissichernde Auffächerung der Volkswirtschaften ersetzen können. Die Nahrungsmittelproduktion für die einheimische Bevölkerung muß wichtiger werden als der Anbau von devisa-bringenden Schnittblumen für unsere Supermärkte.

- Der Protektionismus der EG im Agrarbereich muß gebrochen werden. Es geht nicht länger an, daß die EG nur solche Produkte aus der "Dritten Welt" einführt, die Grundstoffe oder exotische Ergänzung der eigenen verfehlten Landwirtschaftspolitik bilden. Futtermittelimporte aus der "Dritten Welt" sind dagegen völlig einzustellen; der Export von Pestiziden, zumal ihre Anwendung bei uns oft unter Strafe steht, ist rigoros zu verbieten. Nahrungsmittelhilfe, die in Konkurrenz zu einheimischen Produzenten steht, darf nur noch in akuten Katastrophenfällen gegeben werden. Die Einfuhr tropischer Primärwaldhölzer ist zu verbieten. Die "Dritte Welt" ist nicht das Müllklo Europas. Nur wenn jeder seinen Dreck selbst zu schlucken hat, wird Müllvermeidung sich durchsetzen.
- An der Zerstörung von Leben und Umwelt durch Krieg ist die BRD als fünftgrößte Waffenhändlerin unmittelbar beteiligt - "Made in Germany" ist zur Qualitätsmarke zahlreicher Mordmaschinen geworden. Für uns gibt es nur eine Konsequenz: Alle Exporte von Rüstungsgütern - Waffen, waffenfähiges Material, Blaupausen und Lizenzen und jede Form von Polizei und Militärhilfe müssen rigoros gestoppt werden. Dazu zählt auch Atomtechnologie. In diesem Zusammenhang fordern wir die vollständige Offenlegung aller bisherigen und laufenden Genehmigungsverfahren.
- Weltbeherrschende Konzerne haben mehr Macht als nationale Regierungen. Auch wenn die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung von Öko- und Sozialbilanzen, zur Offenlegung von Kapitalbeteiligungen, die Einführung eines scharfen internationalen Kartellrechts mit Fusionskontrollen der Politik Handhabe zur Regulierung geben können, ist letztlich das international agierende Kapital nur durch eine international vernetzte Gegenmacht von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbrauchergruppen und kritischen Aktionären zu bändigen. Der Unterstützung solcher Ansätze kommt größte Bedeutung zu.

Demokratisierung der Weltgesellschaft

Die verantwortliche Gestaltung der einen, allen gemeinsamen Erde verlangt die politische Emanzipation aller Völker aus ökonomischer Abhängigkeit und politischer Bevormundung. Die Erpressung der "Dritten Welt" durch die heutigen MachthaberInnen darf nicht durch alternativ angehauchte Bevormundung aus dem Westen ersetzt werden. Auch im Süden muß "grün" von unten wachsen. Kritik und Lernen müssen in beide Richtungen wirksam werden können - nach Süden und nach Norden. Dies setzt prinzipiell die politische Gleichberechtigung voraus. An die Stelle einseitiger Zwangsdiktate von Nord nach Süd setzen wir deshalb den globalen "Runden Tisch" auf der Basis des Völkerrechts:

- Die Vereinten Nationen (VN) sind als multilaterale Regelungsebene für eine solidarische Weltgesellschaft ohne Alternative. Durch Entbürokratisierung, weitere Demokratisierung, die Beteiligung von Nicht-Regierungsorganisationen und durch die Ablösung der derzeitigen Machtkartelle (wie "Welt"-Wirtschaftsgipfel) müssen sie gestärkt werden.
- Im VN-Rahmen sollen ein Weltökologierat und ein Weltwirtschaftsrat eingerichtet werden, an denen alle Ländergruppen beteiligt sind. Hier müssen die Leitlinien einer ökologisch-solidarischen Weltgesellschaft ausgearbeitet und kontrolliert werden. Die UNCTAD (VN-Handels- und Entwicklungsagentur) ist als Garantin der Interessen des Südens auszubauen, das GATT (Welthandelsabkommen) in die VN-Struktur einzugliedern, der IWF auf seine ursprüngliche Funktion zurückzuführen und zu demokratisieren, die Weltbank in regionale Entwicklungsfonds für Afrika, Lateinamerika und Asien aufzulösen. Der VN-Kodex für transnationale Konzerne ist zur gesetzlichen Vorschrift mit Sanktionsmöglichkeiten zu erheben.

Die Chance, daß Schuldenerlaß, Transferleistungen und eine gerechtere Weltwirtschaft tatsächlich zu grundbedürfnisorientierter Entwicklung und Ökologisierung führen, muß durch Demokratisierung auch in der "Dritten Welt" erhöht werden.

- Deshalb werden wir dafür streiten, daß die emanzipatorischen Kräfte in der "Dritten Welt" sich gegen korrupte Regimes durchsetzen.
- Wir fordern ausgewählte Wirtschaftssanktionen gegen das rassistische Apartheidregime in Südafrika. Die Entwicklungshilfe für das Terrorregime in EL Salvador ist einzustellen. Auch in Zukunft gehört in Nicaragua unsere Solidarität den Sandinisten. Das palästinensische Volk hat das Recht auf einen eigenständigen Staat an der Seite Israels. Wir unterstützen den Kampf des eritreischen und kurdischen Volkes für Selbstbestimmung. Die Rückkehr der Roten Khmer an die Macht in Kambodscha ist abzulehnen.
- Ausbeutung und Umwelterstörung gehen gewöhnlich Hand in Hand mit patriarchaler Herrschaft. Deshalb muß weltweit für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Emanzipation der Frauen aktiv gekämpft werden. Ihre gesellschaftliche Machtstellung ist zu sichern und auszubauen. Ein Strukturwandel darf keine Machtverschiebung zulasten der Frauen nach sich ziehen. Wir wenden uns gegen die Irrlehre, daß das Bevölkerungswachstum die Ursache für ökologische Zerstörung und soziales Elend in der "Dritten Welt" sei. Wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen an, ob, wann und wieviele Kinder sie haben wollen. Wir wenden uns deshalb gegen die frauenfeindlichen bevölkerungspolitischen Maßnahmen von Weltbank, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und anderen Entwicklungsinstitutionen. Wir fordern statt dessen einen besseren Zugang von Frauen zu Bildung, Ressourcen, Technologien, Instrumenten und Verfahrensweisen. Wir wollen nicht die Armen abschaffen, sondern die Armut.
- Die Lebenswelten von Naturvölkern, die standortgerecht und umweltangepaßt zu wirtschaften gelernt haben, sind durch Garantie von Hoheitsrechten zu sichern.

Gegen die konservative Selbsthilfeidee der subsidiären Verarbeitung der Armut durch die Armen selbst und die sozialdemokratische Variante der internationalen Sozialhilfe setzen wir unser Konzept:

GRÜNE "Hilfe" für die "Dritte Welt" muß "Solidarität auf dem Weg der Selbstbefreiung" sein - Befreiung des Südens vom Norden, der unterdrückten Völker von den Regimes, der Frauen von der Herrschaft der Männer. Sie muß sich auch institutionell durch die Neubestimmung des "Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (BMZ) zu einem Ministerium für internationale Solidarität niederschlagen. In allen Institutionen ist die Quotierung einzuführen. Das BMZ ist mit erweiterten Kompetenzen für die Vertretung der BRD in allen Nord-Süd-Fragen betreffenden Gremien auszustatten, z.B. UN-Organisationen für Handel (UNCTAD), für Ernährung (FAO), für Umwelt (UNEP).